STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel: Morgenausgabe

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19210227MO

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Hamburger Echo erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 2.35 M., monatl. 10 M. vorauszahlbar frei ins Haus. Kreuzbandsendung monatlich 12 M.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Expedition. Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Hamburger Echo

Einzelnummer morgens 20 ₰, abends sowie Sonn- und Festtags 30 ₰.

Anzeigen die 6gespaltene Petitzeile 2.20 M., zuzüglich 50 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 2.40 M. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 97. Sonntag, den 27. Februar 1921 – Morgen-Ausgabe. 35. Jahrgang.

Der nationalistische Putsch vorläufig vertagt.

Die deutschnationale Presse fühlt sich höchst unglücklich, daß der geplante nationalistische Rummel frühzeitig aufgedeckt wurde. Alle aufgestellten Behauptungen über beabsichtigte Putschpläne werden ohne Beibringung von Beweisen als sinnlos bezeichnet. So ganz sinnlos sind die Behauptungen nun nicht, denn dafür spricht schon die Tatsache, daß es Hugo Stinnes war, der das Vorhaben politischer Abenteurer vorzeitig ans Tageslicht brachte. Im übrigen liegen in Berlin aber auch Beweise dafür vor, daß sich in der vergangenen Woche auf Grund der Pariser Forderungen extrem Gerichtete bereits veranlaßt gefühlt haben, über die Inszenierung einer nationalistischen Erhebung gegen die Entente Besprechungen abzuhalten. Stellenlose Militärs und zum größten Teil bekannte Kappisten, die in jetzt aufgelösten Freikorps Dienst getan haben, sind die „Helden", die abermals beabsichtigen, Deutschland ins Unglück zu stürzen. Zwar wird von der bayerischen Regierung, die anfangs beschuldigt wurde, den Hauptbeteiligten am Kapp-Putsch, Ehrhardt, zu beherbergen, diese Anschuldigung dadurch widerrufen, daß behauptet wird, Ehrhardt befinde sich überhaupt nicht in Deutschland. Diese Behauptung ist genau so frivol, wie die Abstreitung der Putschabsichten. Es scheint nämlich einwandfrei festzustehen, daß Ehrhardt sich noch vor einigen Tagen in München aufgehalten hat und erst das Weite suchte, als der Warnungsruf in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" erschien. Wenn die Rechtspresse darauf hinweist, daß augenblicklich eine Putschgefahr nicht besteht, so mag das zutreffen. Die Betreffenden sind zweifellos durch die Mahnrufe abgeschreckt und haben vorläufig ihre Pläne auf spätere Tage verschoben. — Die Verhandlungen in London stehen vor der Tür. Kein Mensch weiß heute, wie sie endigen werden. Es gibt Kreise in Deutschland, die sich von London ein Diktat wünschen, das der Reichsaußenminister entsprechend seinen bisherigen Festlegungen vor der Oeffentlichkeit ablehnen muß. Durch diese Handlungsweise der Entente erhoffen jene Kreise, die sich täglich zwanzigmal als Erbpächter des Nationalismus hinzustellen versuchen, die große nationalistische Welle solle zunächst einmal ihr Parteisüppchen kräftigen und zum andern zu Kraftmeiereien Veranlassung geben. Wir sind uns klar, daß die Putschabsichten politischer Abenteurer nur vertagt sind, und können auf Grund dessen die Arbeiterschaft nicht genug warnen, die Augen offen zu halten, um im gegebenen Fall den Kappisten ihre verbrecherischen Taten heimzuzahlen, wie es ihnen gebührt.

Die Entschädigung der Reedereien.

Zum Entschädigungsabkommen mit den Reedereien und der Regierung wird der „Börsenzeitung" aus Hamburg mitgeteilt, daß die zu zahlenden Entschädigungen die Reedereien instand setzten, etwa ein Drittel des Friedensbestandes wieder aufzubauen. Die auf Grund alter Abkommen, des Beihilfegesetzes sowie des Ueberteuerungsabkommens gezahlten Entschädigungen werden angerechnet, so daß das Reich wenige Milliarden zu zahlen hat. Bedingung ist, daß die Reedereien 90 % der auf Grund des neuen Abkommens zu bauenden Schiffe bei deutschen Werften bauen lassen müssen und nur 10 % im Auslande gebaut oder gekauft werden können. Die Reedereien, die nicht aufbauen, erhalten den Friedenswert ersetzt und können ihren Anteil an andere Reedereien abtreten.

Die Wohnungsfrage.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages setzte die Beratungen des Gesetzentwurfes über eine Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues fort. Mumm (DNP.) verlangte von der Regierung die baldige Vorlage eines Gesetzentwurfes für eine Wohnversicherung. Er will einen Teil der nach seiner Behauptung von der Arbeiterjugend verschleuderten Summen für den Wohnungsbau erfassen. Sollmann (SD.) und Becker (Z.) widersprechen dem deutschnationalen Redner. In absehbarer Zeit sei an die Durchführung einer solchen Versicherung nicht zu denken. Bei der Einzelberatung des Mietesteuergesetzes wurden einige Verbesserungsanträge angenommen, die unter anderm auch Volkshäuser, Gewerkschaftshäuser, Jugendheime, Herbergen und ähnliche Einrichtungen, wenn sie gemeinnützig betrieben würden, von der Steuer befreien sollen. Ein sozialdemokratischer Antrag, die aus der Steuer kommenden Summen nur für solche Bauten zu verwenden, die nicht in den Besitz von Privatpersonen übergehen, wurde von allen bürgerlichen Mitgliedern des Ausschusses abgelehnt. Die Beratung wird am Dienstag fortgesetzt.

Die Münchener Ernährungskonferenz.

Die Vorschläge des preußischen Landwirtschaftsministers.

Bei den Verhandlungen der Ernährungsminister in München, die die Umstellung der deutschen Getreidewirtschaft betreffen, wurden — was in den der Presse zur Verfügung gestellten Mitteilungen des Reichsernährungsministeriums verschwiegen wird — auch die Vorschläge des preußischen Landwirtschaftsministers sowohl in der Vollversammlung als auch im Ausschuß ausführlich erörtert. Die Vertreter der süddeutschen Staaten, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, denen sich auch Hamburg und einige andere kleinere Staaten anschlossen, sprachen sich gegen diese Vorschläge aus, und zwar vorzugsweise gegen die Verkoppelung der Düngerbelieferung mit dem Umlageverfahren.

Diese Haltung ist darin begründet, daß die süddeutsche Landwirtschaft dank ihrer starken Viehwirtschaft verhältnismäßig weniger Kunstdünger braucht als die norddeutsche. Es wurde auch behauptet, daß die preußischen Vorschläge neue Zwangsmaßregeln für die Landwirtschaft in sich schlössen und daß dieser Zwang die landwirtschaftliche Erzeugung hemmen würde.

Demgegenüber wurde von den Vertretern Preußens der Standpunkt festgehalten, daß ein Vorgehen nach den Vorschlägen des Reichsernährungsministers die Weiterführung der Zwangsbewirtschaftung des Getreides, selbst im beschränkten Maße, vollkommen illusorisch machen würde, was nicht nur für die Volksernährung, sondern auch für die Landwirtschaft selbst katastrophale Folgen haben müßte.

Seitens des Reichsernährungsministers wurde zu den Vorschlägen Preußens keine Stellung genommen.

Die Entscheidung über die Umstellung der Getreidewirtschaft liegt nunmehr bei der Reichsregierung und dem Reichstage. Sie haben sich darüber schlüssig zu werden, ob sie die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide verantworten wollen.

Ein Völkerbundsausschuß für Entwaffnung.

Der Völkerbundsrat hat einen provisorischen Ausschuß für Entwaffnung eingesetzt. Dieser Ausschuß soll die Mittel prüfen, die für die Unterzeichner des Völkerbundsstatuts fortschreitende Herabsetzung der militärischen Ausgaben bis zu der äußersten Grenze zu erlangen, die vereinbar mit ihrer nationalen Sicherheit ist. Dieser Ausschuß soll aus 18 Mitgliedern bestehen. Der französische Delegierte Viviani ist als deren Vorsitzender vorgeschlagen.

Blutige Zusammenstöße in Italien.

Römische Blätter berichten aus Bari über einen Zusammenstoß zwischen Fassisten und Sozialisten. Letztere erklärten den Streik. Einige Personen wurden verletzt. In Minervino und Murgia zündeten die Bauern mehrere Gutshöfe an. 6 Personen wurden getötet. Auch in andern kleinen Ortschaften Apuliens kam es zu Zusammenstößen. In Terlizzi wurde die Arbeitskammer in Brand gesteckt. In Bisceglica führten die Sozialisten einen Angriff auf das Haus des Landbundes aus. In Mirabella und in der Provinz Ferrara wurden bei dem Zusammenstoß zwischen Fassisten und Sozialisten 2 Personen getötet und einige verletzt. 3 verdächtige Ausländer wurden festgenommen. In Modena veranstalteten die Fassisten eine Kundgebung gegen die sozialistischen Abgeordneten Agnini und Dongti, die von der Polizei geschützt werden mußten.

Die deutschen Gegenvorschläge werden am Montag abend veröffentlicht werden.

Zur Verhaftung von Kessels erklärt Generalstaatsanwalt Krause: Der Haftbefehl war seinerzeit vom zuständigen Militärgericht wegen Verdachts des Meineides und Herausforderung zum Zweikampf sowie Beihilfe zur Fahnenflucht erlassen worden. Dieser Haftbefehl hat Geltung auch für das jetzige Verfahren vor den bürgerlichen Gerichten. Als die Akten anfangs dieser Woche mit der kammergerichtlichen Entscheidung, die den landgerichtlichen Beschluß über die Amnestieanwendung aufhob, an die Staatsanwaltschaft 1 gelangten, beauftragte diese sofort und ohne jegliche Einwirkung höherer Dienststellen die Polizei mit der Verhaftung von Kessels. Der Auftrag wurde am Freitag ausgeführt. Dies ist der einfache klare Sachverhalt. Alle anderslautenden Meldungen sind falsch.

Konflikt zwischen Panama und Costarica. Wie Reuter aus New York meldet, sind dort Nachrichten eingetroffen, wonach das Konsulat von Costarica in Panama von einer Menschenmenge angegriffen wurde, die das Wappenschild herunterriß und mit Füßen trat. Es bestätigt sich, daß Coto in der Republik Panama von Leuten aus Costarica besetzt wurde. Nach einer weiteren Reutermeldung wird aus Panama berichtet, daß der Präsident Porras in einer Ansprache erklärte, daß alle Einwohner Panamas aufgefordert würden, sich am 25. zu stellen, damit eine militärische Streitmacht gebildet würde.

Deutscher Reichstag.

(Telephonischer Bericht.)

70. Sitzung.

Berlin, Sonnabend, 26. Februar, 12 Uhr mittags.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Gesetzentwurf, betreffend einen Nachtrags-Etat für 1921, der der Reichsregierung eine Kreditermächtigung in Höhe von 8½ Milliarden Mark gibt. Der Entwurf wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt ein Antrag Marx (Z.), der von allen Regierungsparteien unterzeichnet ist und verlangt, daß für die Bestimmung des religiösen Bekenntnisses eines Kindes die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches gelten mit der Maßgabe, daß das religiöse Bekenntnis des Kindes weder vom Vormund noch vom Prediger des Kindes geändert werden kann. Nach vollendetem 14. Lebensjahr steht dem Kinde die Entscheidung über sein religiöses Bekenntnis zu. Der Antrag geht an den Rechtsausschuß.

Bei der

Weiterberatung des Reichshaushaltsplanes

entspinnt sich beim Haushalt des Reichspräsidenten eine Geschäftsordnungsdebatte. Hierzu hat Dr. Rosenfeld (USP.) eine Entschließung eingebracht, die in Form einer Resolution die Aufhebung der bayerischen Einwohnerwehren fordert.

Schulz-Bromberg (DNP.): Zur Etatsberatung können nur Resolutionen gestellt werden und nicht ein in die Form einer Resolution gekleideter Antrag.

Rosenfeld (USP.): Man will uns wieder, wie gestern, mundtot machen. Es war üblich, daß solche Entschließungen beim Haushalt ohne weiteres zur Beratung gelangten. Auf den Inhalt kommt es nicht an, sondern nur darauf, daß die Form der Entschließung gewahrt wird.

Nießer (DVP.): Es handelt sich um eine rein geschäftsmäßige Frage, die mit Politik nichts zu tun hat. Hier aber liegt ein Antrag vor, der nur in eine Resolution gekleidet ist. Wir müssen also die Beratung ablehnen. Selbst für eine wirkliche Resolution wäre nicht der Haushalt des Reichspräsidenten, sondern der des Reichskanzlers zuständig.

Professor Radbruch (SD.): Auch wir sind der Ansicht, daß die Entschließung nicht in den Etat des Reichspräsidenten gehört, da der Reichspräsident nicht zuständig ist. Wir widersprechen der Beratung, obwohl wir dem sachlichen Inhalt der Entschließung zustimmen.

Schulz (DNP.) und Bell (Z.) widersprechen ebenfalls.

Dr. Levi (Komm.): Der Wortlaut der Entschließung widerlegt bündig die Auffassung, daß es sich hier um einen verkleideten Antrag handelt. Die Auffassung des Kollegen Radbruch, daß beim Etat des Reichspräsidenten über politische Dinge nicht gesprochen werden dürfe, degradiert die Stellung des Reichspräsidenten.

Dr. Pachnicke (DDP.): Es kommt ja nur darauf an, daß der Reichspräsident keine politisch verantwortliche Persönlichkeit ist.

Rosenfeld (USP.): Man will sich nur schützend vor den Reichspräsidenten stellen, weil man befürchtet, der Reichspräsident würde wegen seiner Politik gegen die Arbeiterschaft angegriffen werden. (Lachen rechts.) Auch hier zeigt sich die politische Unzuverlässigkeit der Rechtssozialisten. Nach § 59 der Verfassung kann der Reichspräsident vor den Staatsgerichtshof gezogen werden. Wir halten daher nach wie vor die Zulässigkeit unseres Antrages aufrecht. Soll es denn wieder wie früher werden, wo man an der Person des Kaisers keine Kritik üben durfte?

Die Geschäftsordnungsdebatte wird geschlossen. Gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten wird die Aufnahme des Antrages Rosenfeld in die Tagesordnung abgelehnt.

Es folgt die Beratung des Haushaltsplanes des Reichspräsidenten.

Berichterstatter Klöckner (Z.): Das Gehalt des Reichspräsidenten ist auf 150 000 M, die Aufwandsgelder sind auf 250 000 M erhöht.

Hoffmann-Kaiserslautern (SD.): Die Verfassung hat in ihrem Artikel 50 den Präsidenten absichtlich außerhalb der Parteikämpfe gestellt und die Verantwortung den Ministern gegeben. Es sind natürlich Fälle möglich, daß der Präsident im Parlament in die Mitte der Debatte gestellt wird, aber es ist doch ein Unterschied, ob es sich um eine strafrechtliche oder eine parlamentarische Verantwortung handelt. Die letztere tragen nach der Verfassung allein die gegengezeichnenden Minister. Auch der politische Gegner müßte doch anerkennen, daß vom Präsidenten sein Amt im Rahmen der Verfassung unparteiisch und mit Takt geführt worden ist. Beim Etat ist eine politische Aussprache durchaus überflüssig.

Dr. Rosenfeld (USP.): Wir sind nicht in der Lage, uns bei diesem Etat einer Kritik zu enthalten. Ich gebe zu, daß man gegen die Würde des Präsidenten vielleicht keine Angriffe zu erheben braucht, aber es sind entschieden viele sachliche Vorwürfe gegen seine Amtsführung vorzubringen. Wir können uns darauf berufen, daß wir von Anfang an gegen die Einführung eines Reichspräsidenten Stellung genommen haben. Wir sehen in dem Reichspräsidenten nur einen Platzhalter für Wilhelm II. Die Aufwandsgelder für den Präsidenten erhöht man, aber für die Tuberkulosenfürsorge hat man nichts übrig. Wir wenden uns gegen jede Verschwendung öffentlicher Mittel und werden, abgesehen von unseren prinzipiellen Gründen, schon deshalb gegen den Etat stimmen. Wir bitten, unseren Antrag auf Vorlegung einer Statistik über die Gnadengesuche anzunehmen, denn die Art der Erledigung von Gnadengesuchen fordert die schärfste Kritik heraus. Das Ergebnis soll die Regierung zwingen, die Gnadengesuche endlich mit größerer Milde zu behandeln. Todesurteile sollten überhaupt nicht mehr bestätigt werden. Ein Ende muß gemacht werden mit der Art, wie die Ermächtigung zur Verhängung des Ausnahmezustandes vom Präsidenten gehandhabt wird. Sie steht auch im schärfsten Widerspruch zu seinen Versprechungen beim Antritt seines Amtes. Warum macht der Präsident keinen Gebrauch von seiner Befugnis, den von der bayerischen Regierung verhängten Ausnahmezustand aufzuheben? Die Mehrheit des deutschen Volkes verlangt es. Besonders unglaublich ist die Verordnung vom Mai 1920, die für den Fall bewaffneten Widerstandes mit Zuchthausstrafe droht. Kein Monarchist ist bisher verurteilt worden. Die Waffenlager werden in aller Oeffentlichkeit angelegt und niemand schreitet dagegen ein. Hauptmann Pfeffer kann unbehelligt seine unverschämten Treibereien fortsetzen, Leutnant Roßbach betreibt, wie jedes Kind in Berlin weiß, seine Werbungen für die Arbeitsgemeinschaft in aller Oeffentlichkeit. Die neuesten Warnungen von Stinnes und Simons zeigen, wie groß die Gefahr eines Rechtsputsches augenblicklich ist. Und da verlegt man die Verhandlungen eines Hauptmann Pfeffer ausgerechnet nach Stargard in Hinterpommern, wo dann in aller Stille der Freispruch erfolgen wird. So wird gegen die sozialistische Arbeiterschaft schärfster Klassenkampf geführt, aber das Volk wird an dieser volksfeindlichen Haltung des Reichspräsidenten erkennen, wie notwendig die Errichtung des sozialistischen Staates ist. (Beifall bei den USP.)

Vizekanzler Dr. Heinze: Nicht der Reichspräsident ist dem Hause politisch verantwortlich, sondern der Reichskanzler. Darum steht die Kritik einzelner Handlungen des Reichspräsidenten in diesem Hause in Widerspruch mit der Verfassung. Auf Einzelheiten kann ich hier nicht eingehen. Den Vorredner bitte ich, alle diese Angriffe bei den Einzeletats vorzubringen, wo ihm dann die Antwort nicht verweigert werden wird.

Adolf Hoffmann (Komm.): Verehrte Abwesende! (Heiterkeit.) Das leere Haus bei diesem Gegenstand kennzeichnet die hohe Achtung vor dem Reichspräsidenten. Der Reichspräsident ist wie ein Fixierbild: man sieht und hört ihn nicht. Wenn es richtig ist, daß die Frau die beste ist, von der man am wenigsten spricht, dann haben wir einen ausgezeichneten Reichspräsidenten. Der Rechten paßt das sehr gut. Er ist ja nur ein Platzhalter für den neuen Kaiser. Sie wollen ja den monarchischen Klimbim wieder einführen. Nach dem letzten Bild vom Reichspräsidenten, das bei männlichen und weiblichen alten Jungfern Entsetzen erregte, ist es von ihm ziemlich still geworden. Der Präsident eignet sich nicht einmal für Witze, weder für gute noch für schlechte. Er ist in jeder Beziehung bedeutungslos geworden. (Unruhe.) Für Ebert ist ja die Kündigung schon ausgesprochen, aber man hat auch in der Rechtspresse schon von den Bedingungen gesprochen, unter denen er von den Regierungsparteien wieder als gemeinsamer Kandidat aufgestellt werden könnte. Einen besseren Mann kann sich die Rechte eben für ihre Zwecke gar nicht wünschen. Die Behandlung der politischen Prozesse ist von ihm nicht anders zu erwarten. Sie (nach rechts) sollten alle derartigen Prozesse nach Hinterpommern verlegen, dort sind Sie vor Ueberraschungen und Störungen sicher. Die Urteile in solchen Prozessen überraschen überhaupt niemals mehr. Daß Ebert auch einmal Todesurteile unterzeichnet, ist bei seiner Wandlungsfähigkeit nicht anders zu erwarten. Bald wird er auch sein eigenes Todesurteil und das seiner Partei unterzeichnen können. (Zuruf Müller-Franken, SD.): Ihre Witze werden immer schlechter!) Der beste Witz, der gemacht worden ist, ist der, daß Herr Müller einmal Reichskanzler war.

Der Etat wird gegen die Stimmen der USP. und Kommunisten angenommen. Einstimmig angenommen wird die Ausschußentschließung auf Vorlegung einer Statistik der Gnadengesuche.

Es folgt der Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds.

Meyer-Zwickau (SD.): Die leitenden Beamtenstellen der Versorgungsämter sind zu 95 % mit ehemaligen Offizieren besetzt. Das steht nicht im Einklang mit der Demokratisierung der Verwaltung, die uns nach dem Kapp-Putsch versprochen wurde. Auch die Personen, die in der sozialen Fürsorge tätig sind, sollte man als Beisitzer beim Versorgungsgericht zulassen. Für eine dringende Forderung halten wir die Vorlage des Gesetzes für die Altmilitärrentner.

Der Haushalt wird angenommen.

Ohne Aussprache werden angenommen die Haushalte des Reichsmilitärgerichts und des Rechnungshofes. Abgesetzt wird die Beratung des Haushalts des Finanzministeriums.

Das Haus vertagt sich auf Montag 2 Uhr: Verlängerung des Entwaffnungsgesetzes. Haushaltsberatung. Entlastung der Gerichte.

Schluß 2 Uhr.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß nach Meldungen Berliner Blätter auf Anregung Bernsteins, zu beantragen, daß die Frage der 50 Milliarden Goldmark, die während des Krieges von der deutschen Heeresleitung an die russischen Bolschewisten gezahlt wurden, dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung und Ermittlung der Tatsachen und der Quellen, woraus die Gelder geflossen sind, überwiesen werde.

Für unsere Frauen

Mutterliebe.

So lang die Nacht, so einsam, bang und stille,
Vernehmbar nur das Ticken meiner Uhr,
Der Stundenschlag, das Zirpen einer Grille,
Und sonst von regem Leben keine Spur.

Ich halt' die kleinen, fieberheißen Hände
Fest zwischen meine kalte Hand gepreßt,
Als ob die Liebe drinnen alles wende
Als ob die Liebe denn ein Mittel fände,
Zu bannen noch des Lebens kargen Rest.

Sag nicht: Ich hab das Bitterste empfunden!
Sag nicht: Ich kenn' des Leides tiefste Nacht!
Nur eine Mutter lebt die bangsten Stunden,
Die an dem Krankenbett des Kindes wacht.

H. St.

Frauenfragen.

Von Marie Juchacz.

Gibt es Frauenfragen in der Politik? Ja oder nein. Ich lege das Hauptgewicht auf die Verneinung. Wenn unser Genosse Professor Radbruch und die Demokratin Fräulein Dr. Elisabeth Rüders die Zulassung der Frauen zum Richteramt und zur juristischen Verwaltungspraxis fordern, so steht vielleicht dahinter eine kleine Schicht von Frauen, die diese Forderung aus rein beruflichem Interesse betrachtet und sie als Frauenfrage wertet. Wenn Justizminister Dr. Heinze unter vielen Vorbehalten, unter Wenn und Aber einige bedingte Zusicherungen gibt, dann stützt er damit die ungesunde Tendenz, die nur in frauenrechtlerischen Anschauungen liegt. Wir Sozialdemokraten betrachten die Frage als Berufsfrage und vom Standpunkt der Gleichberechtigung und fordern deshalb die unbeschränkte Zulassung zu allen Berufen. Eine Ausnahme bilden für uns nur die Arbeiten, die für die Frauen als weibliche und mütterliche Menschen schädlich sind. Die Dinge so sehen, wie sie Dr. Heinze auffaßt, heißt den Konkurrenzkampf zwischen Mann und Frau entfachen. Dann aber kann diese Frage ganz nach Belieben zu einer Frauen- oder Männerfrage gestempelt werden.

Neben dem selbstverständlichen Grundsatz der Gleichberechtigung aber sind wir der Meinung, daß es not tut, an eine Umformung unsere ganzen Gerichtsbarkeit zu denken und den Frauen dabei gerade um der Rechtsprechung willen einen gebührend starken Einfluß zu sichern. So gesehen, ist es aber keine Frauenfrage, sondern ein Kapitel zur Menschheitsfrage.

Vielfach glaubt man, daß zum Beispiel die Frage der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Regelung der Prostitutionsfrage eine Frauenfrage sei. Das ist durchaus nicht richtig. Auch hier handelt es sich um Menschheitsprobleme von allerhöchster Bedeutung, bei denen allerdings die Frauen schon deshalb, weil das weibliche Geschlecht hierbei der sehr stark leidende Teil ist, ein erhöhtes Interesse bekunden. Daß es keine Nur-Frauenfrage ist, wird am besten dadurch bewiesen, daß die Frauen bei der Vorarbeit und Entscheidung über die gesetzlichen Formen durchaus keine geschlossene Front bilden, sondern sich von Weltanschauung und sachlichen Gesichtspunkten leiten lassen, genau wie die Männer.

Oder ist nun etwa gar der Schutz des außerehelichen Kindes und seiner Mutter eine Frauenfrage? Hier hätten die Frauen doch einmal Gelegenheit, ihre weibliche Solidarität zu üben und damit alle „satte Männermoral" über den Haufen zu werfen. Aber weit gefehlt. Das einfachste, menschlichste und natürlichste bleibt hier den sozialdemokratischen Männern und Frauen zur Regelung überlassen.

Frauen sind es gewesen, Beamtinnen, Lehrerinnen, die auf ihren Tagungen beschlossen haben, daß sie mit Kolleginnen, die außerhalb der Ehe geboren haben, nicht zusammenarbeiten wollen. Die weiblichen „Standesvertretungen" der Postbeamtinnen sorgen dafür, daß ihre unglücklichen Kolleginnen auf die Straße fliegen. Sie haben ihre Entschließungen an sämtliche Ministerien geschickt, wo sie durch den Dienstweg gegangen sind und schon Nachahmung gefunden haben. Hebammen haben beschlossen, daß zu ihrem Beruf Bewerberinnen, die jemals unehelich geboren haben, nicht zur Ausbildung zugelassen werden sollen. Und es wird danach gehandelt. Zu den einzureichenden Papieren der Hebammenschülerinnen gehört die amtlich abgestempelte Bescheinigung, daß die Bewerberin nicht unehelich geboren hat. Man denke sich nur alle Konsequenzen solcher Anschauungen aus. Der Arzt darf Vater unehelicher Kinder sein. Der männliche Beamte bekommt für solche Kinder die Kinderzulage. Der Lehrer wird bei seinem Dienstantritt nicht gefragt, ob irgendwo eine Frau sitzt, die die Mutter seines unehelichen Kindes ist. Aber Frauen, in deren eigenen Kreisen heute ungestraft täglich gegen die „bürgerliche Moral" gesündigt wird, sprechen über ihre Geschlechtsgenossinnen die Feme aus.

Wenn im Reichstag über eine Abänderung der Einkommensteuer verhandelt wurde, so ist das genau so eine Frauenfrage, als das Jugendwohlfahrtsgesetz eine Männerfrage ist. Und wenn im preußischen Abgeordnetenhause beinahe noch ein Hebammengesetz geschaffen wurde, wenn das nicht die Rechtsparteien vereitelt hätten, so geht das die Allgemeinheit gleichmäßig an. Wir wollen die Politik nicht nach frauenrechtlerischen Gesichtspunkten teilen, sondern unsern weiblichen Einfluß in der Politik nach sachlichen Gesichtspunkten geltend machen, wobei die individuellen Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Menschen gar nicht verwischt zu werden brauchen.

Frauenversammlungen:

Sitzung der aktiven und aller sozial tätigen Genossinnen am Freitag, 4. März, abends 6 Uhr, im Konferenzsaal des Arbeiterrats. Wir bitten unsere weiblichen Vertrauensleute in den Distrikten, in diese Zusammenkunft mit den schon in der Wohlfahrtspflege tätigen Genossinnen zu kommen, um über die nächsten Aufgaben unserer Frauenbewegung zu beraten. In der Zeit vom 6. bis zum 13. März ist eine Werbewoche für die Agitation unter den Frauen geplant, und um diese recht erfolgreich auszugestalten, bitten wir alle Genossinnen, recht vollzählig zu erscheinen und mit zu beraten.

Distrikt Eilbeck. Unsere nächste Zusammenkunft findet am Donnerstag, 3. März, abends 8 Uhr, bei Rofling, Ecke Pappel- und Menckesallee, statt. Wir hören einen Vortrag über August Bebel und Vorlesungen aus seinen Werken. Sorgt für guten Besuch. Auch die Genossinnen der umliegenden Bezirke sind herzlichst eingeladen.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Der Verein zur Förderung der Sittlichkeit hatte zum Donnerstag abend eine öffentliche Versammlung bei freiem Eintritt in den Hörsaal des Wilhelm-Gymnasiums berufen, wo Frau Weidemann über das Bordellwesen in Hamburg und seine Abschaffung sprach. Nach einer geschichtlichen Uebersicht über das Dirnenwesen in Hamburg vom Jahre 1292 bis heute wurden vier Lehren aus der Vergangenheit gezogen: 1. Abnahme und Zunahme der Prostitution sind abhängig sowohl von wirtschaftlichen Zuständen, als auch von der Erziehung der Jugend und von der Volksmischung. Plötzlicher neuer Reichtum kleiner Kreise gegenüber Armut und Arbeitslosigkeit der Masse führte Tausende der erwerbsmäßigen Unzucht in die Arme. So war es vor 1800, so ist es heute. Ruhige Zeiten mäßigen Wohlstands fördern sittliche Haltung. 2. Völlig auszurotten war die Prostitution nie, vor allem nicht durch Verbot und Strafe. Im Gegenteil führten solche gewaltsame Unterdrückungsmittel zu neuen Unzuträglichkeiten, zu Bestechung, Erpressung, Spitzelei. 3. Alle Maßnahmen der Behörden waren früher einseitig nur gegen die lasterhaften Frauen gerichtet. Die „doppelte Moral" ließ die Männer stets frei ausgehen. Die Folge war, daß alle Vorschriften zur Erhaltung der Straßenordnung und Volksgesundheit wirkungslos blieben. Die Geschlechtskrankheiten haben dauernd zugenommen. 4. Schließlich bleibt das beste Gesetz ohne Macht, wenn nicht die öffentliche Meinung geschlossen auf die Durchführung dringt. So wird es auch mit dem geplanten Verbot der Bordelle gehen, wenn nicht die „öffentliche Meinung" aufgeklärt und aufgerüttelt wird. Der Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten will jeden bestrafen, „der sich zur Unzucht anbietet oder dazu auffordert." Damit fällt die doppelte Moral. Der fordernde Mann ist ebenso strafbar wie die sich anbietende Dirne. Fallen soll der alte Kuppelparagraph 180. Vermietung gilt danach nicht mehr als strafbare Kuppelei, wenn keine Ausbeutung oder Anleitung zur Unzucht vorliegt, trotzdem das Mädchen vielleicht käuflich ist. An Stelle der Sondervorschriften für Unzucht treibende Frauen muß der Zwang zur Behandlung der Geschlechtskrankheiten für Mann und Frau gleichermaßen gelten. Die allgemeine Anzeigepflicht des Arztes an ein Gesundheitsamt, die für andere ansteckende Krankheiten gilt, muß auf die Geschlechtskrankheiten ausgedehnt werden. Der Kampf gegen die Prostitution selbst soll durch Ausbau des Fürsorgewesens auch über das 18. Lebensjahr hinaus (Fürsorgeerziehung, Pflegeämter, Arbeitslehrkolonien) unterstützt werden. Jugendpflege und Aufklärung, Kampf gegen Alkohol, Kino, Schundliteratur, Tanzwut und Mode müssen zur Hebung der allgemeinen Sittlichkeit helfen. Einstimmig wurde ein Beschluß angenommen, der die Abschaffung der Bordelle in Hamburg als den ersten Schritt zur Hebung der Volksgesundheit und Volkssittlichkeit begrüßt, der den Ausbau der Fürsorgeanstalten durch den Staat fordert. — Kurse über geschlechtliche Aufklärung der Jugend sollen am 31. März, über den Schaden des Alkohols am 1. März beginnen. — Der äußerst lehrreiche Vortrag versagte merkwürdigerweise gerade in dem Hauptpunkt, der Schließung der Bordelle. Wenn nach dem Bericht des bürgerschaftlichen Ausschusses sich nur 600 Dirnen in öffentlichen Häusern Hamburgs befinden, nach den Angaben der Vortragenden aber sich mehr als 10 000 frei herumtreiben, so ist nicht einzusehen, welche merkliche Besserung der Volksgesundheit und Sittlichkeit gerade durch Verbot der Bordelle zu erzielen sei, die doch nur einen geringen Bruchteil, etwa ein Zwanzigstel, also 5 % der Prostitution ausmachen. Hier ist weitere Aufklärung dringend nötig.

Osterausstellung in der Volksschule Breitenfelderstraße 35, vom Sonntag, 27. Februar, bis Mittwoch, 2. März, täglich von 5 bis 8 Uhr nachmittags. Geschenke zur Schulentlassung und Konfirmation. F. Haffcke: Radierungen und Zeichnungen; A. Kahlbrandt: Schmucksachen und Vasen; E. Langenberger: Bücher und Bildermappen; Freideutsches Haus: Wanderausrüstungen. Eintritt frei. Kein Kaufzwang.

Aus der Theaterwelt. Hamburger Kammerspiele. Mittwoch, 2. März, findet im Erstaufführungs-Abonnement die Uraufführung von Fernand Crommelynks dreiaktigem Schauspiel „Die kindischen Verliebten" statt. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Brant, Franck-Witt, Gundra, Horwitz, Mewes, der Herren Benekendorff, Ferman und Gynt; Spielleitung Paul Marx.

Vorläufiger Reichswirtschaftsrat.

(Telephonischer Bericht.)

14. Sitzung.

Berlin, 28. Februar, 10 Uhr vormittags.

Die Bankbeamten-Interpellation.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation über den Achtstundentag im Bankgewerbe. Anlaß zu ihr ist die Verfügung des Demobilmachungskommissars, worin die Ausdehnung der Arbeitszeit im Bankgewerbe bis auf 58 Stunden wöchentlich und bei unaufschiebbarer Arbeit noch darüber hinaus zugelassen wurde. Die interpellierenden Arbeitnehmer fragen an, wie die Regierung dem Achtstundentag im Bankgewerbe Geltung verschaffen will. Ein Vertreter der Regierung ist wieder nicht erschienen. Das Haus beschließt aber trotzdem die Besprechung der Interpellation.

Marx (Vertreter des Verbandes der Deutschen Bankbeamten) begründet die Interpellation. Die Arbeitszeit im Bankgewerbe ist ein ständiger Kampf zwischen den Organisationen und Betriebsräten einerseits und den Bankleitungen anderseits gewesen. Die Bankleitungen negieren einfach die gesetzlichen Bestimmungen des Achtstundentages mit Hilfe des gefügigen Demobilmachungskommissars. Die Fenster der Bankhäuser sind oft bis zum frühen Morgen erleuchtet. Es schweben Prozesse wegen gesundheitlicher Schädigung von Angestellten durch die Ueberarbeit. In der Diskontogesellschaft ist ein Angestellter buchstäblich vom Schemel gefallen und hat den Arm gebrochen. Die Direktion will aber für den Schaden nicht aufkommen. Gewiß arbeiten die Banken im öffentlichen Interesse, aber anderseits frönen die Schieber und Wucherer, die im Kriege das Volk ausgesogen haben, jetzt ihrer Spielleidenschaft an der Börse. Eine Hilfeleistung dafür lehnen die Bankangestellten ab. Der Demobilmachungskommissar hat eine Beschwerde der Bankangestellten abgelehnt. Die Bezahlung der Ueberstunden ist ungenügend. Auch der frühere Reichsfinanzminister Erzberger hat sich in durchaus einseitiger Weise auf die Seite der Arbeitgeber gestellt. Mit diesem Freibrief haben die Bankleitungen sodann den Demobilmachungskommissar, einen ausgesprochenen Reaktionär, gewonnen. Eine einheitliche Regelung der Frage der Arbeitszeit im Bankgewerbe mit Gültigkeit für das ganze Reichsgebiet ist eine unabweisbare Notwendigkeit. Außerdem wird den Betriebsräten das ihnen gesetzlich zustehende Kontrollrecht verweigert. Die Verfügung des Demobilmachungskommissars ist so kautschukartig gefaßt, daß die Bankleitungen alles daraus machen können, was sie wollen. Es muß endlich einmal festgestellt werden, daß kein Bankangestellter zur Leistung von Ueberstunden verpflichtet ist; zumindest sollte die Reichsregierung offen zugeben, daß es einen Achtstundentag im Bankgewerbe nicht gibt. Es ist unerhört, daß in einzelnen Bureaus bis zu 25 % der Angestellten infolge Ueberarbeitung erkrankt sind. Ist die Zitrone ausgepreßt, dann wirft man sie weg! (Lebhafte Oho-Rufe.) Jetzt wird sogar der Reichskanzler als Kronzeuge dafür angerufen, daß der Reichstarifvertrag die Bankleitungen überhaupt nicht binde. Wir warnen: Wer Wind sät, wird Sturm ernten!

Fürstenberg (Deutscher Bankbeamtenverein): Wir halten die Einbringung der Interpellation zu diesem Zeitpunkt, wo es sich um die Verbindlichkeitserklärung des Reichstarifes für das Bankgewerbe handelt, nicht für besonders günstig. Allerdings muß die Verfügung mißbilligt werden. Uebrigens hat das Reichsgericht entschieden, daß gegen freiwillige Ueberarbeit nicht mit Strafen vorgegangen werden darf. Die Bankbeamten selbst sind bereit, von Zeit zu Zeit Ueberstunden zu leisten. Ihr Arbeitswille ist über jeden Zweifel erhaben, aber von den Arbeitgebern im Bankgewerbe muß erwartet werden, daß sie das Betriebsrätegesetz achten. Hoffentlich wird das Reichsarbeitsministerium auf das preußische Handelsministerium dahin wirken, daß solche Verfügungen nicht mehr erlassen werden.

Dr. Salomonsohn (Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft): Da gegen die Verfügung des Demobilmachungskommissars beim preußischen Handelsministerium Beschwerde erhoben worden ist, auf die noch keine Entscheidung vorliegt, bedeutet die Interpellation einen Eingriff in ein schwebendes Verwaltungsverfahren. Es ist daher nicht angängig, daß der Reichswirtschaftsrat hier jetzt Stellung nimmt. Die Interpellation verfolgt rein politische Zwecke. Der ungeheure Geldumlauf und das Kapitalfluchtgesetz haben den Banken ungeheure Mehrarbeit auferlegt. Die Börsenspekulationen verurteilen wir, können sie aber nicht verhindern. Eine Betriebseinschränkung durch Verkürzung der Ueberstundenarbeit würde das ganze Wirtschaftsleben schädigen. Wenn es jedem Angestellten überlassen bleiben sollte, ob er Ueberstunden leisten will oder nicht, dann würde der ganze Betrieb nach der normalen achtstündigen Arbeitszeit einfach stillstehen.

Aufhäuser (AfA.) empfiehlt, den Inhalt der Interpellation dem sozialpolitischen Ausschuß zu überweisen. (Beifall.)

Fürstenberg: Es handelt sich für uns nicht um politische Zwecke, sondern einfach darum, daß die unter Zustimmung aller gesetzgebenden Körperschaften zustandegekommenen Bestimmungen auch innegehalten werden.

Dr. Salomonsohn: Die Aufrechterhaltung des Bankbetriebes muß man in eine Linie stellen mit der Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes.

Ein Antrag Aufhäuser, die Interpellation an den sozialpolitischen Ausschuß zu verweisen, wird vom Präsidenten für unzulässig erklärt.

Das Reichsmietengesetz.

Es folgt der Bericht des Ausschusses für Siedlungs- und Wohnungswesen zum Gesetzentwurf über Regelung der Mietzinsbildung (Reichsmietengesetz). Der Ausschuß empfiehlt den Gesetzentwurf in mehrfach abgeänderter Fassung. Der Berichterstatter Humar-München polemisiert gegen die Sozialisierung des Hausbesitzes und die Ueberführung des Bauwesens an die Gemeinden. Eine Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen hält er so lange für unmöglich, als nicht jedem umziehenden Mieter eine Wohnung nachgewiesen werden kann. Das Gesetz bereitet den Abbau der Zwangswirtschaft vor. Dem Vermieter muß gegeben werden, was er braucht zur Zahlung der Ueberteuerungskosten des Betriebes. Das Vertrauen zum Mieteeinigungsamt ist geschwunden. Die Wohnungsämter und Einigungsämter kosten das Reich jährlich 2 Milliarden, Berlin allein jährlich 60 Millionen. Die Milliarden sollte man lieber für Wohnungsbau verwenden. Für die Instandsetzung muß die Miete erhöht werden. Man kann mit 100 % rechnen, nämlich mit 30 % als Verteuerung der Betriebskosten durch Steuern und Abgaben, mit 30 % für die laufende Instandsetzung und 30 % für die großen Instandsetzungarbeiten. Die Zugrundelegung der Friedensmieten vom 1. Juli 1914 bedeutet eine Ungerechtigkeit, aber schließlich war kein anderer Weg möglich. Im Gegensatz zu den Mieterausschüssen, die der § 16 des Entwurfs vorsieht, schlagen wir die Errichtung von Betriebsausschüssen vor, die den Vorzug der Unparteilichkeit haben.

Hierauf wird die Weiterberatung des Gesetzes auf Montag vertagt.

Internationales Arbeitsrecht.

Es folgt der mündliche Bericht des sozialpolitischen Ausschusses zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Zustimmung zu den folgenden in Washington beschlossenen Uebereinkommen: a) betreffend die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft; b) betreffend Festsetzung der Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben auf 8 Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich; c) über die Nachtarbeit der Jugendlichen.

Berichterstatter zu a) Urban, Vorsitzender des Zentralverbandes der Angestellten: Das Washingtoner Uebereinkommen über die Wöchnerinnenunterstützung bedeutet gegenüber der in Deutschland bestehenden Regelung insofern eine Verbesserung, als die Unterstützungsdauer von 10 auf 12 Wochen verlängert und die Unterstützung auch auf die Wöchnerinnen in Handelsbetrieben ausgedehnt werden soll. Des weiteren soll jedoch Wöchnerinnen während der Arbeitszeit täglich zweimal eine halbe Stunde zur Stillung des Kindes gewährt werden. Die Regierung hat im Ausschuß Bedenken finanzieller Art geltend gemacht und die durch die Ratifizierung des Washingtoner Uebereinkommens für die Wöchnerinnenunterstützung entstehenden Mehraufwendungen auf etwa 40 Millionen Mark geschätzt. Die Arbeitnehmer vertreten vor allem aus bevölkerungspolitischen Gründen den Standpunkt, dem Uebereinkommen beizustimmen. Auch die Arbeitgeber haben sich grundsätzlich für den Ausbau der Wöchnerinnenunterstützung ausgesprochen, aber eine vorherige Prüfung der finanziellen Bedenken als notwendig bezeichnet. Der Ausschuß hat dann mit 12 gegen 8 Stimmen beschlossen, die Regierung um Ratifizierung des Abkommens über die Wöchnerinnenunterstützung zu ersuchen, und daran nur die Erwartung geknüpft, daß auch die anderen Länder sich dem Uebereinkommen anschließen werden. Ferner hat der Ausschuß einen Antrag angenommen, die Regierung um die Vorlegung eines Gesetzentwurfes zu ersuchen, der die Deckung der durch die Ausdehnung der Wöchnerinnenunterstützung nach den Washingtoner Beschlüssen entstehenden Mehrausgaben regelt. — Irl (Vertreter des selbständigen Handwerks): Den Beschlüssen in Washington kann nur zugestimmt werden unter der Bedingung, daß sämtliche Staaten sie für wirksam anerkennen. — Louise Kähler (Verband der Hausangestellten): Ueber diesen Antrag kann ich als Frau nur mein tiefstes Staunen ausdrücken. Die Ratifikation des Uebereinkommens durch Deutschland ist einfach eine Selbstverständlichkeit. — Aufhäuser: Gerade, nachdem wir vor zwei Tagen erst in einer Resolution auf die furchtbare Lage der Bevölkerung hingewiesen haben, können wir heute nicht ein Uebereinkommen ablehnen, das der Besserung der Lage dienen soll. Von der Frage der finanziellen Belastung darf die Entscheidung nicht abhängig gemacht werden. Es ist auffallend, daß die Arbeitgeber eine Ausweichtaktik befolgen, gerade, wenn es sich um den Achtstundentag und den Wöchnerinnenschutz handelt. Man kann den Arbeitgebern nur den Rat geben, ihren Antrag zurückzuziehen. — Dr. August Müller: Die Gruppe der von der Regierung ernannten Mitglieder stimmt dem Antrage des sozialpolitischen Ausschusses zu. In dem Augenblick, in dem wir nachweisen wollen, daß die Sozialpolitik durch die Pariser Beschlüsse sabotiert wird, können wir nicht einen Beschluß fassen, durch die die Ausführung wesentlicher Bestandteile des Versailler Vertrages vertagt würde. Gerade mit Rücksicht auf die Londoner Beratungen können wir das nicht beschließen.

Dr. Thyssen: Ich stelle den Vermittlungsantrag, daß die Ratifizierung unter der Bedingung des gleichen Vorgehens der andern hauptsächlich beteiligten Industriestaaten erfolgt, der Reichswirtschaftsrat aber die Regierung ersucht, in bezug auf den Wöchnerinnenschutz im Einvernehmen mit den Organisationen der Krankenversicherung die Frage der Kostendeckung zu klären. — Czieslik (Gewerkschaftssekretär, Berlin): Der finanzielle Gesichtspunkt darf nicht ausschlaggebend sein. — Hartung (freie Berufe): Es ist bedenklich, ein Abkommen über Vermehrung der Arbeitszeit auf 10 Jahre zu unterzeichnen. — Der Antrag Dr. Thyssen sowie der Arbeitgeberantrag werden abgelehnt. — Annahme findet der Antrag des sozialpolitischen Ausschusses auf Ratifizierung des Abkommens zum Schutze der Wöchnerinnen, ebenso ein zweiter Ausschußantrag auf Einbringung einer Vorlage, betreffend Deckung der Mehrkosten, die durch die Ausdehnung des Wöchnerinnenschutzes erwachsen.

Nach einer ausgedehnten Geschäftsordnungsaussprache über das Washingtoner Abkommen wurde die Aussprache über den achtstündigen Arbeitstag und die Nachtarbeit der Kinder wieder eröffnet. Urban empfiehlt als Berichterstatter der Regierung ebenfalls Ratifizierung, mit der Erwartung (nicht Bedingung), daß auch die anderen Staaten ratifizieren werden. — Irl (Vertreter des Handwerks): Den Achtstundentag halten wir für bedenklich, weil die andersartigen Verhältnisse in Industrie und Handwerk bei dem Uebereinkommen nicht berücksichtigt worden sind. Die Bestimmungen des Uebereinkommens sind auf dem Lande undurchführbar. — Vertreter der Landwirtschaft v. Richthofen und Vertreter der freien Berufe Hartung sprechen aus demselben Grunde gegen den Achtstundentag. — Paas (Arbeitgeber des Handwerks) hält die Bedenken der Landwirtschaft und des Handwerks nicht für gerechtfertigt. — Aufhäuser (Vertreter der technischen Angestellten): Das deutsche Gesetz über die Regelung der Arbeitszeit geht erheblich weiter, als das Washingtoner Abkommen. — Chefredakteur Bernhard (freie Berufe): Der Achtstundentag ist in der Verfassung verankert. Er würde eine erhebliche Steigerung der Arbeitsleistung nicht verhindern. — Nach weiteren kurzen Bemerkungen der Herren Irl und Georg Bernhard wird der Antrag der Arbeitgeber abgelehnt und die Bestimmungen zu b und c uneingeschränkt angenommen. — Am Montag, 2 Uhr: Reichsmietengesetz, Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs. — Schluß 8 Uhr.

Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

Hamburg und Umgegend.

Eine Beleidigung der Werftarbeiter.

Die „Hamburger Volkszeitung" sucht in ihrer gestrigen Ausgabe mit allerlei Drumherumreden den Vorstand der Hamburger VKPD., dessen skrupellose Agitationsmethode mit dem offenen Brief an den Metallarbeiter-Verband wir kennzeichneten, herauszureißen. Wie der offene Brief in Arbeiterkreisen eingeschätzt wird, davon legte eine Vollversammlung der Belegschaft der Schiffswerft von Janssen u. Schmilinski am Sonnabend Zeugnis ab. Ausnahmslos wurde dem zugestimmt, daß der „Volkszeitung" eine Erklärung zugesandt ist, die sich inhaltlich in der Hauptsache mit folgender deckt:

Zu dem in der „Volkszeitung" vom 25. Februar erschienenen und in der „Echo"-Morgenausgabe vom 26. Februar bereits erwähnten, vom Ortsvorstand der VKPD. Hamburg unterzeichneten „Offenen Brief" sehen wir uns genötigt, folgendes zu erklären:

Es ist unwahr und entspricht ganz und gar nicht den Tatsachen, daß auf unserer Werft irgendwelche Streikarbeit geleistet wurde noch geleistet wird. Mit der aufgestellten und durch nichts bewiesenen Behauptung ist zugleich mit der gesamten Belegschaft auch dem Betriebsrat, der auch zum Teil aus Angehörigen der VKPD. besteht, eine bewußte Verdächtigung unterschoben worden, die nur dadurch aufkommen konnte, weil es wohl in puncto wirksamer Agitation an reellen Kampfmitteln mangelt.

Wir weisen auf das Entschiedenste den Vorwurf des Streikbruchs zurück und überlassen es dem gesunden Sinn der Hamburger Arbeiterschaft, sich ein Urteil über den von der „Volkszeitung" im Auftrag des Vorstandes der VKPD. gegen uns gemachten Anwurf zu bilden.

Wir sind eins mit den streikenden Kollegen der Landbetriebe und versichern ihnen unsere vollste Sympathie und Unterstützung in dem ihnen aufgezwungenen schweren Kampf.

Aktions-Ausschuß der SPD. der Schiffswerft Janssen & Schmilinski, Tollerort, Neue Werft,
i. A.: Wollmann.

Achtung, Feinmechaniker!

Die mechanische Werkstatt der Röntgenröhrenfabrik C. H. F. Müller, Hamburg, Hammerbrookstraße 93, ist nach wie vor gesperrt.

Kein organisierter Kollege darf dort in Arbeit treten!

Deutscher Metallarbeiter-Verband,
Verwaltungsstelle Hamburg.

20 Prozent Gehaltsabbau im Großhandel.

Von einem kaufmännischen Angestellten wird uns geschrieben:

Der Tarifvertrag für die kaufmännischen Angestellten des Drogengroßhandels ist durch die Arbeitgeber gekündigt worden. Die Angestellten sollen in eine 20prozentige Herabminderung ihrer Gehälter einwilligen. Diese würden dann so aussehen:

Angestellte	bis 19	21	23	25	über 25 Jahre	
Klasse I....	480	540	640	720	800	plus 60 M. für Verheiratete.
Klasse II...	540	640	720	800	920	
Klasse III..		720	800	920	1040	

Weibliche Angestellte über 21 Jahre sollen noch 50 M. weniger erhalten.

Anzulernende	im 1. Jahre	im 2. Jahre	im 3. Jahre
Bis 15 Jahre..	140	188	252
Bis 17 Jahre..	200	243	320
Ueber 17 Jahre.	192	240	312
Lehrlinge	**im 1. Jahre**	**im 2. Jahre**	**im 3. Jahre**
	104	156	216

Ein 21jähriger Bote oder Packer im Drogengroßhandel bezieht zurzeit einen Lohn von 234 M. wöchentlich = 1003 M. monatlich. Das ist, an den heutigen Preisverhältnissen gemessen, sicherlich ein sehr bescheidenes und durchaus unzulängliches Einkommen. Aber wie würden demgegenüber erst die neuen Angestelltengehälter aussehen:

Der 22jähr. Angestellte mit einf. Arbeiten würde erhalten 640 M. = 60 %
„ 22 „ „ selbst. „ „ „ 720 „ = 70 %
„ 35 „ Familienvater mit einf. „ „ „ 860 „ = 85 %
„ 45 „ „ mitselbst. „ „ „ 980 „ = 90 %

der Entlohnung der gewerblichen Arbeiter, fürwahr eine Bewertung der geistigen Arbeit, die Bände spricht.

Das Bild der Entlohnung wird um so krasser, wenn man berücksichtigt, daß der größte Teil der Angestellten die Entlohnung für Klasse I „einfache Arbeiten" erhält. Es sind dieselben Arbeitgeber, die in den Jahren 1919/20 erhebliche Konjunktur- und Valutagewinne, ohne mit der Wimper zu zucken und ohne den Angestellten auch nur eine einigermaßen zeitgemäße Entlohnung zu gewähren, eingestrichen haben.

Gegen eine solche Arbeitgeberwillkür gibt es nur eins: restlosen Zusammenschluß der Angestellten auf freigewerkschaftlichem Boden (Zentralverband der Angestellten) und entschlossene Abwehr jeder Gehaltskürzung. Jetzt oder nie — die nächsten Tage entscheiden über die Zukunft der Angestellten des Großhandels.

Lohnbewegung der Lack- und Farbenarbeiter.

Eine äußerst stark besuchte Versammlung dieser Branche tagte am Freitag 25. Februar, bei Planeth. Ueber die mit der Kommission der Arbeitgeber gepflogenen Verhandlungen zwecks Abschlusses eines Lohnvertrages erstattete die Branchenleitung Bericht. Als Grundlage der Verhandlungen diente der mit der Bezirksgruppe IIIb der Chemischen Industrie vereinbarte Rahmenvertrag wie auch das Lohnabkommen. Die Unternehmer lehnten die Anerkennung der mit der Gruppe Chemie getroffenen Vereinbarungen ab, erklärten sich aber bereit, einen Rahmenvertrag zu vereinbaren, der sich an den Rahmenvertrag der Chemie anlehnt, sowie einen Spitzenlohn von 5,75 M für Ledige und 6 M für Verheiratete zu zahlen. Nach eingehender lebhafter Diskussion, in der das Verhalten der Arbeitgeber einer scharfen Kritik unterzogen wurde, lehnte die Versammlung das Angebot der Arbeitgeber als nicht weitgehend genug gegen wenige Stimmen ab und beauftragte die Verhandlungskommission, nochmals mit den Arbeitgebern in Verhandlung einzutreten und diese in kürzester Frist zu erledigen. An dem Taktgefühl der Unternehmer wird es nunmehr liegen, dafür Sorge zu tragen, daß Störungen in diesem Industriezweig vermieden werden.

Gesellenfürsorge der Schlachtermeister.

In einer unter dieser Ueberschrift in Nr. 77 d. Bl. veröffentlichten Zuschrift des Zentralverbandes der Fleischer war unter anderem gesagt worden, Schlachtermeister Steigerwald, Hammerbrookstraße, habe ein gutgehendes Geschäft und lasse seine Arbeiten von weiblichen Personen ausführen, um Lohn zu sparen. Die 600 arbeitslosen Gesellen könnten ja weiter der Allgemeinheit zur Last liegen. Dazu sendet uns nun Herr Schlachtermeister Valentin Steigerwald eine Berichtigung, in der er schreibt:

Ich arbeite in meiner Schlachterei persönlich mit zwei Gesellen. Meine Frau im Laden mit zwei Verkäuferinnen. Außerdem beschäftige ich noch zwei Dienstmädchen. Ich denke, daß das für mein kleines Geschäft in sozialer Hinsicht übergenug ist.

Jahresgeneralversammlung der Fabrikarbeiter Hamburg

Am 22. Februar tagte im Gewerkschaftshaus die Jahresgeneralversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Hamburg. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende Boß dem verstorbenen Kollegen Ferdinand Timmermann, einen warmen Nachruf, der von der Versammlung stehend entgegengenommen wurde. Des weiteren gedachte er auch des Genossen Legien, der leider der Arbeiterbewegung zu früh entrissen worden ist.

Die Abrechnung vom vierten Quartal, welche der Versammlung gedruckt vorlag, balanciert in Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse mit 837 553,20. An Arbeitslosenunterstützung wurden verausgabt 27 292,40 M., an Krankenunterstützung 32 176,60. Die Lokalkasse verzeichnete eine Einnahme von 287 795,69 M. Der Kassierer Winkens erläuterte kurz einzelne Posten der Abrechnung und wies darauf hin, daß für die erwerbslosen Kollegen zu Weihnachten in den Betrieben 31 418,90 gesammelt seien. Von dieser Summe sind verausgabt 16 900 M. Da die Zahl der Erwerbslosen zu Weihnachten erheblich zurückgegangen war, so ist ein Restbetrag von 14 518,90 vorhanden. Die Verwaltung beantragt, den Restbetrag lediglich zur Unterstützung von in Not geratenen Mitgliedern zu verwenden. Der Antrag wurde angenommen und dem Kassierer Decharge erteilt.

Zu dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht machte der Vorsitzende Boß noch einige ergänzende Ausführungen. Insbesondere verwies er auf die Tabelle der Krankenunterstützung. Auffallend sei es, daß die Zahl der Mitglieder, welche an Erkrankungen der Atmungsorgane erkrankt sind, eine solche Höhe erreicht habe. Aufgabe der Betriebsobleute wird es sein, festzustellen in den Betrieben, ob die Erkrankungen auf die Einwirkungen der Dämpfe, Gase und des Staubes zurückzuführen sind. Zu diesem Zweck werden wir demnächst wieder Fragebogen herausgeben. Das gesammelte Material, richtig verwandt, kann im wesentlichen mit dazu beitragen, die Regierung zu veranlassen, besondere Schutzgesetze zu erlassen. Redner bespricht dann noch kurz die Ergebnisse der Bewegungen und betont, daß die Löhne unserer Kollegen einen Vergleich mit denen anderer Berufsgruppen aushalten, ja zum Teil höher bemessen sind, wie die Löhne der gelernten Arbeiter.

Das Kapitel Lohnbewegungen beweise, daß die Funktionäre bestrebt gewesen sind, die Wünsche der Kollegen zu erfüllen. Die Erfolge sind aber auch auf die rege Mitarbeit der Betriebsfunktionäre und Branchenleiter mit zurückzuführen, diesen gebührt Dank für die geleistete Arbeit. In der sich daran anschließenden Diskussion drückten sämtliche Redner ihre Zufriedenheit über den gedruckten Bericht aus. Bemängelt wurde die starke Fluktuation der weiblichen Mitglieder und betont, daß insbesondere versucht werden muß, die weiblichen Mitglieder über die Notwendigkeit der Organisation aufzuklären.

In die Ortsverwaltungen wurden gewählt die Kollegen: Allers, Barschow, Demitz, Ley, Rühl, Reinhardt, Stehr, Zoder. Als Türkontrolleure die Kollegen: Engel, Groth, Rieding und Timm. Die bisherige Fahnenkommission wurde wiedergewählt. Ein von der Verwaltung gestellter Antrag auf Erhöhung des Lokalbeitrages von 50 ₰ pro Mitglied und Woche wurde von Winkens kurz begründet und dann ohne Diskussion angenommen. Ein Antrag der Distrikte Hamm und Wandsbeck, eine Urabstimmung über die Beitragserhöhung vorzunehmen, wurde abgelehnt. Ein Antrag der Verwaltung, sich an der Gründung der Bezirksgruppe Hamburg des Verbandes sozialer Baubetriebe mit 5000 M zu beteiligen, der von Boß kurz begründet wurde, fand ebenfalls die Zustimmung der Versammlung. Des weiteren wurde ohne Debatte beschlossen, die für Unterstützung der Metallarbeiter an den Ortsausschuß abgeführten 21 854 M durch einen Extrabeitrag von 2 M für männliche und 1 M für weibliche Mitglieder wieder einzuziehen. Auf Antrag von Boßau wurde zugunsten der Kollegen, welche an dem Streik der Metallarbeiter beteiligt sind, eine Tellersammlung vorgenommen, die einen Betrag von 174 M ergab. Nach Erledigung diverser Anfragen erfolgte Schluß der ruhig und von einer sachlichen Diskussion getragenen Versammlung. Anwesend waren 233 Delegierte. Es fehlten entschuldigt 12 Delegierte.

Deutsches Reich.

Die Kaufmannsgerichtswahlen in Köln

brachten dem Zentralverband der Angestellten einen besonderen Erfolg. Es erhielten Stimmen:

die Liste des Zentralverbandes der Angestellten 3771
„ „ „ Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes 3113
„ „ „ Gewerkschaftsbundes der Angestellten 891
„ „ der Bankbeamten.............. 616
„ „ „ Versicherungsbeamten 90

Die Sitze verteilen sich demgemäß: Zentralverband 16 Sitze, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband 13 Sitze, Gewerkschaftsbund der Angestellten 4 Sitze, Bankbeamte 2 Sitze, Versicherungsbeamte 0 Sitze. Der Zentralverband der Angestellten hat 14 neue Sitze gewonnen. Den Verlust teilen sich die gelben Verbände.

Streik der Warenhausangestellten in Aachen.

Die Warenhausangestellten in Aachen sind in einen Streik eingetreten. Der Zentralverband der Angestellten ersucht, jeden Zuzug von Aachen fernzuhalten.

Heute morgen werben die Jugendbündler in allen Stadtteilen für ihre Organisation!

Ihr Eltern!

(Zur Schulentlassung.)

Wenige Wochen noch, und viele Jungen und Mädel verlassen die Schule. Dann beginnen neue Tage für Eure Kinder. Sie treten aus der Schulklasse in die Werkstatt, in die Fabrik, in das wirkliche, rauhe Leben. Hilflos werden sie dastehen, fremd dem Neuen gegenüber. Sie merken zum ersten Male die Lücken, die die Volksschule gelassen hat. Viel gilt es da nachzuholen für Eure Kinder! Die Lücken gilt es auszufüllen! Zuerst mit nacktem Wissen! Denn nur ein blankes, scharfes Schwert des Wissens kann in der dunklen, fremden Umwelt einen Weg bahnen!

Welche unendlichen Gefahren stehen da Euren Kindern entgegen. Gefahren, die Eure Kinder von dem von Euch gewollten Wege abbringen. Die Eure Kinder angehen an ihre Gesundheit, an ihren Körper und Geist, die sie schädigen können für ihr ganzes Leben!

Das kostbarste Gut für uns ist die freie Zeit nach Feierabend! Da gilt es für uns, als Jugend, dieses Gut, diese freie Zeit nicht zu vergeuden mit unnützen, gar schädlichen Dingen! Doch wie ist es da heute? Man steht an den Ecken, raucht giftige Zigaretten, geht in stickige, verderbende Kneipen und auf Tanzböden, trinkt schädlichen Alkohol und „singt" allerlei törichte Lieder, oder man geht ins Kino. —

Sollen Eure Kinder so ihre köstlichste Zeit verbringen, daß sie nie ihres Lebens froh werden können?

Nein, das wollt Ihr Eltern sicher nicht!

„Aber," fragt Ihr, „wie sollen wir verhindern — —?"

Wir wollen es Euch sagen:

Seht Euch die Jungen und Mädel aus dem „Arbeiterjugendbund" an! Seht Ihr bei ihnen Mißmut und dumpfes Dahinbrüten? Seht doch, wie stolz und frei sie daherschreiten! Wie genossenschaftlich sie zusammenleben. Sie lassen sich in ihren Kreisen Vorträge halten über alles, was sie interessiert. Und was interessiert wißbegierige Jugend nicht? Da sind alltägliche Dinge vom Arbeitsverhältnis, von Fabrik und Werkstatt, vom Jugendschutz, vom Staat, Gesetz und von der Arbeiterbewegung, die aus dieser in Not und Elend steckenden Wirtschaft eine neue, eine bessere bauen will! Und die Jugend, die ist berufen, den Staat, in dem sie einst leben soll, selbst mit aufzubauen!

Daraus entsteht ernste, schöne Arbeit, die die Jugend lebens- und kampfesfroh macht!

Das ist unsere geistige Arbeit!

Doch wir wissen, daß ein gesunder Geist nur in einem gesunden Körper wohnen kann! Deswegen pflegen wir auch unsern Körper, um gesund zu sein und gesund zu bleiben. Wir bekämpfen alle unserm jugendlichen Körper schädlichen Dinge! Den Alkohol- und Nikotingenuß, die stickigen Kneipen und Tanzböden! — Dafür aber wandern, singen und spielen wir! Wir wandern, doch nicht mit bunten Zipfelmützen, bunten Bändern und derlei Firlefanz, nein, schlicht und einfach in gesunder Tracht, so wie es sich in Wald und Feld gehört! Und wie froh sind unsere gemeinsamen Spiele, unsere alten, schönen Reigen und Volkstänze auf bunter Wiese! Da draußen in der Natur, da sammeln wir Kraft zum Kampf gegen allen Schmutz in der engen Stadt, da werden wir so recht Mensch zu Mensch. Und was gebrauchen wir mehr?

Nun, Ihr Eltern, da könnt Ihr Eure schulentlassenen Kinder nicht beiseite stehen lassen! Auch sie sollen und wollen das Schöne, das wir uns bilden, miterleben! Sie sollen sich ihr Leben durch den

„Arbeiterjugendbund"

hell und freudig gestalten, nützliche und starke Glieder in der Gesellschaft werden! Zögert nicht, laßt sie zu uns kommen!

Carl Ehrlich.

•

Distrikt Oberelbe.
Leiter: H. Nielsen, Bullenhuserdamm 49, 1. Et.
Rotenburgsort 1. Vierländerstr. 65, Mittwochs und Sonntags.
Rotenburgsort 2. Vierländerstr. 65, Mittwochs und Sonntags.
Veddel. Schule Sieldeich 28, Mittwochs und Sonntags.
Wilhelmsburg. Schule III, Fährstr. 72, Mittwochs und Sonntags.

Distrikt Zentrum.
Leiter: Willi Zimmermann, Billw. Neuedeich 77.
St. Georg 1. Hörsaal Gewerkschaftshaus, Mittwochs und Sonntags.
St. Georg-Süd. Schule Nagelsweg, Freitags und Sonntags.
Hammerbrook 1. Sonntags: Schule Norderstraße, Mittwochs: Volksheim Sachsenstraße 21.

Distrikt Hafen.
Leiter: Joh. Lembke, Neuer Steinweg 27, H. 3., 1. Et.
Neustadt 1. Böhmkenstraße 15, Mittwochs und Sonntags.
Neustadt 2. Gr. Theaterstr. 44, 4. Et., Mittwochs und Sonntags.
Neustadt 3. Böhmkenstraße 15, Mittwochs und Sonntags.
St. Pauli-Nord. Böhmkenstraße 15, Sonntags; Ludwigstraße 9, Mittwochs.
St. Pauli-Süd. Böhmkenstraße 15, Mittwochs und Sonntags.

Distrikt Eimsbüttel.
Leiter: Emil Lang, Roonstraße 7, part.
Eimsbüttel 1. Realschule Weidenstieg 20, Freitags und Sonntags.
Eimsbüttel 2. Schule Ludwigstr. 11, Mittwochs und Sonntags.
Eimsbüttel 3. Schwenckestr. 100, Mittwochs und Sonntags.
Eimsbüttel 4. Schule Telemannstr. 10, Mittwochs und Sonntags.
Eimsbüttel 5. Schule Grundstr. 10, Mittwochs und Sonntags.
Eimsbüttel 6. Schule Tornquiststr. 19a, Mittwochs und Sonntags.
Eimsbüttel 7. Schule Lutterothstr. 78, Mittwochs und Sonntags.
Harvestehude. Schule Kielortallee 18, Mittwochs und Sonntags.

Distrikt Hoheluft-Eppendorf.
Leiter: Hans Birkholtz, Löwenstr. 29, 3. Et.
Hoheluft 1. Schule Breitenfelderstr. 35, Mittwochs und Sonntags.
Hoheluft 2. Schule Wrangelstr. 83, Mittwochs und Sonntags.
Eppendorf. Jugendheim Tarpenbeckstraße 52, Mittwochs und Sonntags.

Distrikt Alster.
Leiter: Ed. Steiniger, Semperstr. 43a, 4. Et.
Uhlenhorst 1. Kantine Kunstgewerbeschule, Freitags und Sonntags.
Uhlenhorst 2. Schule Forsmannstr. 34, Mittwochs und Sonntags.
Uhlenhorst 3. Jugendheim Winterhuderweg 52, Mittwochs und Sonntags.
Winterhude. Schule Alsterdorferstr. 39, Mittwochs und Sonntags.

Distrikt Barmbeck.
Leiter: Emil Bohmgaren, Hinrichsenstr. 31a.
Barmbeck 1. Jugendheim Hinrichsenstraße 29, Mittwochs und Sonntags.
Barmbeck 2. v. Essenstr. 82, Mittwochs und Sonntags.
Barmbeck 3. Schule Tieloh, Mittwochs und Sonntags.
Barmbeck 4. Schule Dehnhaide 60, Mittwochs und Sonntags.
Hellbrook. Maimoorweg, Mittwochs und Sonntags.

Distrikt Eilbeck-Hohenfelde.
Leiter: Bernh. Schubert, Ahrensburgerstr. 67, 2. Et.
Eilbeck 1. Wielandstr. 7, Mittwochs und Sonntags.
Eilbeck 2. Schule Eilbecktal 37, Mittwochs und Sonntags.
Eilbeck 3. Ritterstr. 46, Mittwochs und Sonntags.
Hohenfelde 1. Schule Steinhauerdamm 6, Mittwochs und Sonntags.
Hohenfelde 2. Mittwochs: Lübeckerstr. 84 bei Schmidt; Sonntags: Uhlandstr. 44 bei Schmalfeldt.

Distrikt Bille.
Leiter: H. Jacobs, Lübeckerstr. 118, H. 6, 1. Et.
Hamm. Schule Hübbesweg 9, Mittwochs und Sonntags.
Borgfelde. Schule Ausschlägerweg 11, Freitags und Sonntags.

Distrikt Stormarn.
Leiter: R. Neugebauer, Wandsbeck, Manteuffelstr. 30, 4. Et.
Wandsbeck 1. Gewerkschaftshaus, Sternstr. 27, Mittwochs und Sonntags.
Wandsbeck 2. Mädchenschule a. d. Königsland, Mittwochs und Sonntags.
Schiffbeck. Gemeindehaus, Hamburgerstraße 64, Mittwochs und Sonntags.

Distrikt Altona.
Leiter: Martin Riemeyer, Geibelstr. 31.
Altona 1. Nähsaal Lyzeum, Lessingstraße, Mittwochs und Sonntags.
Altona 2. Schule Arnkielstraße, Mittwochs und Sonntags.
Altona 3. Schauenburgerstraße 59, Mittwochs und Sonntags.

Distrikt Ottensen-Bahrenfeld.
Leiter: Heinr. Fehrs, Roonstraße 18.
Ottensen 1 und 2. Jugendheim Bahrenfelderstraße, Mittwochs und Sonntags.
Ottensen 3. Schule Moortwiete, Mittwochs und Sonntags.
Bahrenfeld. Jugendheim Schumannstr. 25/27, Mittwochs und Sonntags.
Steenkamp. Obmann Herm. Behnke, Steenkamp 45.

•

Im Monat März werden in allen Distrikten Werbefeiern stattfinden! Die Tage und Zeiten dieser Veranstaltungen sowie die Lokale werden noch bekanntgegeben.

Stärkt die Arbeiterjugendorganisation!

Frühlingssturm.

Frühlingssturm singt sein Lied. Er kam aus den dunklen, wilden Wolken, denen er den Krieg angesagt hatte und die er bannen wollte. Aber ihr graues Heer spottete seiner Macht, und so fuhr der Besiegte in jähem Grimm herab in den schon knospenden Wald, dessen starke Baumkronen er schüttelte und zerrte. Da mußten sich die Stolzen vor ihm tief zur Erde neigen, und als der Stolzeste sich empörte, lachte der Frühlingssturm gar hohnvoll auf, in toller Wut den Stolzen brechend. Niederschlug die schwere Krone ins schimmernde Moos, hundert zarte Blümelein tötend. — Den gellenden, irren Schrei des sterbenden Baumes an sein mächtig-flatterndes Banner heftend, flog der Frühlingssturm fort, in tollster Wut. — —

Er wühlt in alten, toten Blättern, der Ueberschäumende, Junge, Kraftvolle, und er läßt die verwelkten Blattherzen der Linde emporfliegen gegen den jungen, sehnsüchtigen Zweig, an dem sie einst gehangen und der sie lange vergessen hat, weil er voll neuer, süßer Keime ist. — — —

Stand eine junge, zarte Stechpalme im Gärtchen vor dem Dorfe. Um das Gärtchen war ein alter Holzzaun, der die Stechpalme vor dem wilden Sturme schützen sollte. Aber der Sturm sah der Stechpalme wundersame, schwermutsvolle Schönheit. Sie war so wonnig-schlank und ihre sündig-roten Beeren lachten so verheißungsvoll. Da ward der Wilde, Kraftvolle sanft und sang ein trugvoll Liebeslied. Sorglos lockte das Bäumchen den Sturm, ließ spielerisch seine sattgrünen Blätter leuchten und freute sich seiner jungfrischen Schönheit.

Aber der wilde, unbändige Frühlingssturm ließ nicht mit sich spielen, sondern ward wilder, als er jemals war, packte mit rauher Titanenfaust den Zaun. Er brach, und der Sturm umklammerte mit seiner wilden Urkraft das zarte, zarte Bäumchen. Fieberschauer schüttelten es, und dann brach es. —

Der Frühlingssturm sah das Unglück, zog seine wirren Brauen ärgerlich zusammen und zog fort. — Zerbrochen lag der Baum, und viele linde Lüfte kamen zu der wunden Stechpalme. Und eines Tages kam ein Mann, der nahm ein Bund von gelbem Stroh, einen harten, starken Pfahl und band das Bäumchen fest. — Die Wunde heilt. Doch wo sie war, blieb eine böse, häßliche Narbe zurück: Die lachende Jugend war gestorben. — — — —

Anna Jussen.

Internationales.

Der französische Arbeiterverband gegen den Lohnabbau.

Der Verwaltungsrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.) hielt eine Sitzung ab und sprach sich über die Frage der Verminderung der Arbeitslöhne aus, die in den einzelnen Industriezentren bis um ein Fünftel herabgesetzt werden sollen. Er ist der Ansicht, daß die jetzigen Löhne gegenüber der Lebensteuerung im Rückstand sind und daß die Herabsetzungen nur die Lage der Arbeiter verschlechtern können. Deshalb fordert der Verwaltungsrat die Arbeiter auf, auf die Arbeitsbedingungen zu bestehen und den Absichten der Arbeitgeber mit dem gleichen Widerstand, wie es bereits anderwärts geschehen sei, entgegenzutreten. Der Verwaltungsrat beschloß ferner, die Jahresversammlung in Paris abzuhalten, und zwar am 30. April 1921 und am 2. Mai.

Tages-Bericht.

Hamburg.

Fraktionssitzung der neugewählten Bürgerschaftsmitglieder der SPD

Am Montag, abends 6 Uhr, findet im Rathause die erste Fraktionssitzung der neugewählten Bürgerschaftsmitglieder der Sozialdemokratischen Partei statt. Eine besondere schriftliche Einladung erfolgt nicht.

Theorie und Praxis.

„Das Parlament ist nur der Kampfboden" erzählten die Kommunisten während aller letzten Wahlkämpfe. Es sei korrupt und nur dazu angetan, die Geschäfte der Bourgeoisie zu besorgen und wir dreimal verfl. . . . Sozialdemokraten seien diejenigen, die dabei Handlangerdienste leisteten. Wie man aber in Wirklichkeit zu diesem Institut steht, zeigt folgende niedliche Notiz aus der Nummer der „Volkszeitung" vom 25. Februar:

Der Reichsverband d. V. und Angeklagten, Norderstraße 63, ist die Rechtsvertretung des kleinen Mannes, der nicht in der Lage ist, Tausende für Rechtsanwaltsgebühren und Hunderte für einfache Gesuche zu zahlen. Für verhältnismäßig wenig Entgelt hat der Reichsverband im letzten Monat 1500 kleinen Leuten geholfen. Der Vorsitzende des Reichsverbandes, ein Reichstagsabgeordneter, steht in ständiger Fühlung mit Volksvertretern aller politischen Richtungen, wodurch ein tatsächlicher Einfluß auf die gesetzgebenden Körperschaften gewährleistet wird.

Unsere Leser sehen hieraus, daß man in der Praxis ganz anders handelt, als man im öffentlichen Leben tut. „Kampf bis zum Äußersten" wird als Parole ausgegeben. Hier aber heißt es: Der Vorsitzende steht in ständiger Fühlung mit allen, wodurch ein tatsächlicher Einfluß gewährleistet wird. Dieser hochmögende Herr ist unser Zeitgenosse Hermann Reich. So ein bißchen Reklame für die eigene Person ist doch zu einträglich. Sieht die ganze Sache aber nicht nicht aus, als ob die „Korruption" auch in den Dienst gestellt wird? Es folgt noch ein zweiter Absatz, der dem ersten erst die Weihe geben soll. Wenn aber Hermann im letzten Satz sagt, „der Verband dient lediglich der Menschheit, so ist das eine Formel, die ihm nicht so recht zu glauben ist.

Jedenfalls ist für die Mit- und Nachwelt äußerst interessant zu wissen, daß durch Hermann Reich ein tatsächlicher Einfluß auf die gesetzgebenden Körperschaften ausgeübt wird. Wozu so ein Mandat doch überall zu gebrauchen ist.

Neue Erwerbslosen-Kundgebungen?

Gestern morgen erschienen bei uns in der Redaktion drei „Parteilose". Sie gaben an, Vertrauensleute der Erwerbslosen der Stempelstellen Eisbahn, Markusstraße, Schulzweg, Valentinskamp, Wiesendamm, Raboisen, Böckmannstraße, Brovestraße, Wandsbeckerchaussee usw. zu sein und verlangten den Abdruck eines Aufrufes „An das erwerbslose und werktätige Proletariat Groß-Hamburgs!" In diesem wird zu einer Protestversammlung am Dienstag, 1. März, nachmittags 3 Uhr, auf dem Heiligengeistfeld, aufgefordert. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir den Abdruck ablehnten, um so mehr, als über die Herkunft und das Mandat dieser Vertrauensleute keinerlei zweifelsfreie Aufklärung zu erlangen war. Ebenso selbstverständlich scheint es uns bei dem gesunden Sinn der Hamburger Arbeiterschaft — einschließlich der Erwerbslosen — zu sein, daß die Zeiten der wilden „Aktionen" vorüber sind. Die Wahl des Erwerbslosenrates gibt jedem Erwerbslosen Gelegenheit, Leute seines Vertrauens mit seiner Interessenvertretung zu beauftragen.

Das „erwerbslose und werktätige Proletariat" aufzurufen, dazu fehlt diesen Vertrauensleuten jedes Recht. Hamburgs Arbeiterschaft wird nur an Kundgebungen teilnehmen, zu denen der Ortsausschuß des Gewerkschaftsbundes oder die Parteivorstände auffordern.

Der Wert der Mark in Pfennig am 26. Februar 1921.

Amsterdam	7,9	London	8,4
Christiania	10,4	New York	6,8
Kopenhagen	10,0	Paris	19,9
Stockholm	8,0	Schweiz	7,7
Italien	35,2		

(Berechnet nach dem amtlichen Kursbericht der Hamburger Börse.)

Der Bannfluch gegen Heydorn. Durch die Kanzlei des Kirchenrats erhalten wir folgende Zuschrift: Der Kirchenrat macht darauf aufmerksam, daß die für den 13. und 20. März 1921 angekündigten Konfirmationshandlungen des Herrn Pastor Heydorn weder im Auftrage der hamburgischen Kirche erfolgen noch irgend welche kirchliche Berechtigungen nach sich ziehen.

Freigabe der Einfuhr von Oelsämereien und Oelfrüchten als Margarine- und Speiseöl-Rohstoffe. Der weitere Abbau der Kriegswirtschaft hat es nunmehr ermöglicht, die Einfuhr von Oelsaaten und Oelfrüchten, die für die Herstellung von Speiseölen und als Margarine-Rohstoffe in Betracht kommen, freizugeben. Die Aufhebung der Kontingentierung der Einfuhr und der dadurch notwendigen Einfuhrkontrolle bringt den beteiligten Industrien und dem Handel die erforderliche Bewegungsfreiheit beim Einkauf der ausländischen Rohstoffe, die insbesondere die Gestaltung der Preise für die Fertigfabrikate günstig beeinflussen wird. Die Einfuhr von Oelen und fertiger Margarine bleibt dagegen im Interesse der Beschäftigung der heimischen Industrieen weiterhin grundsätzlich verboten.

Platzkonzert. Bei günstiger Witterung am Sonntag, 27. Februar, von 11 bis 12 Uhr, beim Dammtorpavillon. Ausgeführt vom Musikkorps der Ordnungspolizei Hamburg. Leitung: Obermusikmeister Günzel. Im Programm: Prolog zu der Oper: „Der Bajazzo" von Leoncavallo. Fantasie aus „Hänsel und Gretel" von Humperdinck. Walzer „Ganz allerliebst" von Waldteufel. Solvejgs Lied aus Peer Gynt-Suite von Grieg.

Der Bund der Arbeiterinvaliden hielt am 22. Februar im „Holst. Hause", Kohlhöfen, eine Mitgliederversammlung ab. Der 1. Vorsitzende L. Meisel sprach über das kommende Wohlfahrtsamt. Dann wurden die Vertreter des Bundes in den Beiräten der elf Wohlfahrtsstellen und dem Erwerbsbeschränktenausschuß des Wohlfahrtsamts gewählt. Eine starke Debatte setzte betreffs Gründung einer Zeitung ein. Es wurde zu diesem Punkte eine Entschließung angenommen, die besagt, eine schriftliche Erklärung von jedem Mitgliede zu fordern. Der 2. Vorsitzende, Genosse Kirsch, wurde als Bundesdelegierter zur Gaukonferenz des Zentralverbandes, die am 27. Februar in Bremen stattfindet, gewählt. Ferner wurde der Vorstand beauftragt, infolge der großen Not der Invaliden ein Schreiben, betreffs der Winterbeihilfe, an den Senat zu richten.

Der Verein erblindeter Kriegsteilnehmer e. V., Sitz Hamburg, teilt uns mit, daß wieder einmal ein Mann sein Unwesen damit treibe, indem er Postkarten verkauft, die mit Bildern resp. Sprüchen mit der Unterschrift „Kriegsblinder H. Laackmann" versehen sind. Der Kriegsblinde Hartwich Laackmann betreibt Hohebleichen 29 ein Vervielfältigkeitsbureau verbunden mit Bureaubedarfsartikeln, obgleich es schwer ist, seine Existenz aufrechtzuerhalten. Nach Einsicht der Bücher scheint man einem Kriegsblinden gegenüber mit Erteilung von Aufträgen von seiten der Bevölkerung Hamburgs sehr zurückhaltend zu sein, wird sich Laackmann, wie er uns mitteilt, nie dazu herbeilassen, zu betteln, und wenn es ihm noch so schlecht ginge. Wir möchten das Publikum vor Ankauf obengenannter Karten warnen.

Dienststunden der Polizeibehörde. Während der Monate März bis einschließlich Oktober 1921 dauern bei der Polizeibehörde Hamburg (Zentralstelle und Bezirksbureaus) die regelmäßigen Bureaustunden an den Werktagen wieder von 8 bis 4 Uhr, bei der Kriminalpolizei besteht jedoch nach wie vor ununterbrochener Dienst, bei den übrigen Dienststellen an den Sonn- und Festtagen beschränkter Dienst von 9 bis 12 Uhr vormittags.

Unredlicher Postaushelfer. Ein Postaushelfer Br. des Postamts 3 fälschte eine Avislarte und verschaffte sich so eine Kiste mit Waren im Werte von 5000 ℳ. Er bestreitet die Unterschlagung, ist aber bereits früher wegen ähnlicher Diebereien überführt.

Wegen Mordverdachts festgenommen wurde in der Gegend von Lehrte ein Mann, der sich „Weber" nennt. Er wird beschuldigt, an dem Raubmord der Eheleute Hermann im vorigen Jahre beteiligt zu sein.

Scheckschwindel. Ein Kutscher C. wurde verhaftet, weil er, angeblich im Auftrage eines Unbekannten, einen Posten Leder für 7000 ℳ in der Fuhlentwiete abholte. Das Leder war mit einem wertlosen Scheck bezahlt worden.

Hafen und Schiffahrt.

Verein Deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine. In der am 25. Februar abgehaltenen gut besuchten Mitgliederversammlung erstattete Herr Hammer den Bericht, mit dem die Stellungnahme des Vereins zur Uebernahme der Wasserstraßen in die Verwaltung des Reiches eingeleitet wurde. Nach einem ausführlichen Ueberblick über Entstehung und voraussichtliche Entwicklung dieses Verhandlungsgegenstandes kam der Berichterstatter zu bestimmten Forderungen, die dem Verein als Grundlage zur weiteren Erörterung in der nächsten Versammlung dienen und die endgültige Stellungnahme des Vereins vorbereiten sollen. Der Kern der Forderungen besteht darin, daß die aus der Handelsmarine hervorgegangenen Nautiker bei Lösung aller mit der Verreichlichung der Wasserstraßen verbundenen Fragen mitarbeiten und in der Verwaltung derselben in weitestem Maße Gelegenheit bekommen müssen, der deutschen Schiffahrt die wichtigsten Dienste zu leisten.

Eine Tjalk gesunken. Bei Scharhoern ist die Tjalk „Gretchen" aus Emden gesunken. Die Mannschaft ist gerettet.

Altona und Umgegend.

Sozialdemokratischer Verein Altona-Ottensen.

Vertrauensmännersitzung.

Eine wichtige Sitzung der Vertrauensleute, an der zur Teilnahme berechtigt sind, die Vorstandsmitglieder, Distrikts- und Bezirksführer, sowie alle Genossen, die mit einer gelben Legitimationskarte versehen sind, findet am Montag, 28. Februar, abends 7½ Uhr, bei Pollmert, Bahrenfelderstraße, statt. Der Vorstand tritt im gleichen Lokale um 6½ Uhr zusammen.

Bezirksversammlungen.

In allen Bezirkslokalen finden am Dienstag, 1. März, abends 7½ Uhr, Zusammenkünfte statt. Die Wahlen und ihre Ergebnisse werden auf allen Bezirksabenden zur Diskussion stehen. Jeder Genosse, der zur Wahl gewesen ist, muß diese Veranstaltungen besuchen. Mit der Abgabe des sozialdemokratischen Stimmzettels darf für denjenigen, der von sich sagen will, daß er seine Pflichten gegenüber dem Sozialismus getan hat, die politische Betätigung nicht erledigt sein. Immer neue Kämpfe stehen uns bevor. Durch die Aussprache über die Erfolge bei den letzten Wahlen, müssen wir Kraft gewinnen, zum weiteren Aufstieg. Besucht daher die Bezirksabende, sie sind die Waffenschmiede der Sozialdemokratischen Partei. Wer sein Bezirkslokal nicht weiß, erfährt es im Parteibureau Bahnhofstraße 40.

8. Distrikt. Frühere Ottensener Bezirke 1—9, jetzt Bezirk 68—82. Distriktsversammlung am Donnerstag, 3. März, 7½ Uhr, bei Ellermann, Bismarckstr. 18. Vortrag: Das Wahlergebnis. Referent: Genosse Kirchner.

10. Distrikt, Bahrenfeld. Distriktsversammlung am Dienstag, 1. März, abends 7½ Uhr, im „Bahrenfelder Park". Referent: Genosse M. Brauer. Auch die Steinkamper Genossen nehmen an dieser Zusammenkunft teil.

Jungsozialisten. Zusammenkunft am Donnerstag, 3. März, abends 7½, in der Kunst- und Gewerbeschule, Große Westerstraße. Vortrag: Die Presse einst und jetzt. Referent Genosse Senator Kirch.

Keine Hochhäuser für Wohnzwecke in Preußen.

In einer vor kurzem verbreiteten Nachricht, die fälschlicherweise als von zuständiger Stelle stammend bezeichnet war, wurde behauptet, daß preußische Wohlfahrtsministerium hielte aus Gründen der Sparsamkeit die Errichtung von Hochhäusern zu Wohnzwecken für notwendig. In dem bekannten Erlaß des Wohlfahrtsministers heißt es lediglich, daß gegen die Errichtung vielgeschossiger Häuser (Hochhäuser) für Geschäfts- und Verwaltungszwecke in Ortschaften, in denen sich ein entsprechendes Bedürfnis geltend macht, grundsätzliche Bedenken nicht bestehen. Bei der vermehrten Verdichtung der Geschäftsstadt, die mit der Errichtung solcher Hochhäuser entstehen würde, muß auf der andern Seite mit allen Mitteln eine erhöhte Auflockerung der Wohnbezirke in den Vorstädten durch Errichtung von Flachbauten angestrebt werden. Zur Erreichung dieses Zieles wird vielfach der bekannte Erlaß des Ministers für Volkswohlfahrt über die Herabsetzung der Bebauungsmöglichkeit durch Aenderung der bisherigen Baurechtsvorschriften eine geeignete Handhabe bieten.

Unterhaltungsabend. Die Schüler der Volksschule an der Herderstraße, die schon wiederholt Proben von einem tüchtigen Können abgelegt haben, laden zu einem Unterhaltungsabend am Donnerstag, 10. März, abends 7½ Uhr, nach dem Lyzeum an der Allee ein. Geboten werden Tänze, Rezitation und Musik. Eintrittskarten im Preise zu 1 Mark sind an der Abendkasse zu haben. Der Ueberschuß wird dem städtischen Kindererholungsheim Cuxhaven zugeführt werden. Alle Eltern werden um ihr Erscheinen gebeten.

Wegen Betrugs und Urkundenfälschung verurteilte die Strafkammer 2 des Landgerichts Altona den 22jährigen Kaufmann Edmund J. zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis. J. fälschte ein Schriftstück mit der Angabe, er sei Prokurist einer Firma Jakobi, die ihm einen großen Posten Zigaretten geliefert habe. Außerdem legte er beim Angebot Käufern auf Helgoland gefälschte Schriftstücke vor, die auf die Käufe Bezug hatten, und erschwindelte sich auf diese Anzahlungen in Höhe bis 1000 ℳ, ohne Waren zu liefern. Zwei Monate Untersuchungshaft wurden auf die Strafe angerechnet.

Stellingen-Langenfelde. Einen Selbstmordversuch machte ein hiesiges junges Mädchen, indem es sämtliche in der Wohnung befindliche Hähne der Gasleitung öffnete. Von Sanitätsmannschaften der Feuerwehr wurde sie wieder ins Leben zurückgerufen. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Sitzung der Gemeindevertretung am Dienstag, 1. März, abends 8 Uhr, im Sitzungssaale des Rathauses. Auf der Tagesordnung stehen 14 Punkte.

Abgabe von Haferflocken und Hafergrütze in der Volksküche. Am Montag, 28. Februar, gibt es Haferflocken, pro Pfund 2,50 ℳ, und am Dienstag Hafergrütze, pro Pfund 2,50 ℳ. Der Verkauf beginnt um 2 Uhr nachmittags. Es kann jeder Einwohner beliebige Mengen kaufen. Ganz besonders machen wir Geflügelhalter auf diesen Verkauf aufmerksam.

Wandsbeck und Umgegend.

Zusammenkunft aller tätigen Genossinnen am Montag, 28. Februar, abends 7 Uhr, bei Genossin Griem Goebenstraße 11.

Der Bezirksabend findet am Dienstag, 1. März, abends 7½ Uhr, in den bekannten Bezirkslokalen statt.

Kollegiensitzung. Am Freitag, 4. März, abends 6 Uhr, findet die nächste öffentliche Sitzung der städtischen Kollegien statt. Es gelangen u. a. zur Beratung zwei Vorlagen über Straßenbau als Notstandsarbeiten, ferner die Abänderung der Besoldungsordnung, Vorschußzahlung an Beamte, Abänderung der Müllgebührenordnung, anderweitige Festsetzung der Wochenmärkte, Abgabe von Kartoffeln an Minderbemittelte, Deckung der Kosten für Abgabe von Heizmaterial an Minderbemittelte, Erlaß der Wertzuwachssteuer für den Fall von Neubauten, Bericht über den städtischen Holz- und Torfverkauf. — Die Tagesordnung enthält insgesamt 23 Punkte. Der Kollegiensitzung geht eine Sitzung der Stadtverordneten vorauf.

Einbruch. Bei einem Einbruch in der Wilhelmstr. 7 wurden für 3000 ℳ Kleidungsstücke entwendet.

Schiffbeck. Wieder einer der alten! Durch einen schrecklichen Unglücksfall in Ausübung seines Berufes erlitt unser alter, treuer Genosse August Roske den Tod. Zuletzt noch am Wahltage hat er, wie immer, seine ganze Kraft in den Dienst der Partei gestellt. Alle, die ihn kannten, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ortsausschuß für Freies Bildungswesen. Die Aufführung des Schauspiels „Hedda Gabler" kann wegen Erkrankung eines Mitgliedes der Gesellschaft leider nicht stattfinden. Dafür wird „Johannisfeuer" von Sudermann gegeben. Die Leser des „Hamburger Echo" werden ganz besonders ersucht, die Vorstellung recht zahlreich zu besuchen.

Brikettverkauf Dienstag, 1. März, vormittags von 8 bis 12 Uhr auf Nr. 2051—2200 bei Niemeier, Hamburgerstraße, Zentner 18,50 ℳ. Während der Verkaufszeit nicht abgenommene Briketts werden nicht nachgeliefert.

t. **Bramfeld.** Zur Beachtung! Ab 1. März wird im hiesigen Gemeindebureau versuchsweise die durchgehende Arbeitszeit zur Einführung gelangen. Geschlossen wird das Gemeindebureau nachmittags 4 Uhr. Für die Abwicklung der laufenden Geschäfte ist die Zeit von 9 Uhr vormittags bis 1¼ Uhr nachmittags festgesetzt. Die Sprechzeit des Gemeindevorstehers ist, wenn derselbe nicht außerhalb in Anspruch genommen ist, von 9 bis 12 Uhr vormittags.

t. Eine öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung findet statt am Dienstag, 1. März, abends 8 Uhr, im neuen Sitzungssaale.

t. Die wöchentliche Brennholzausgabe erfolgt am Dienstag, 1. März, von 9 bis 12 und 2 bis 5 Uhr in der früheren Brauerei Hellbrook. Zur selben Zeit werden dort verkaufsfreie Braunkohlen verkauft. — Die Spiritusmarken für März werden am Dienstag, 1. März, von 9 bis 12 und 2 bis 5 Uhr und am folgenden Tage im Amtsbureau ausgegeben, und zwar nur für Kinder bis zu 2 Jahren.

t. **Bramfeld.** Zur Kleiderversorgung. Der Unterausschuß für Soziale Fürsorge in Wandsbeck hat für die bedürftigen Konfirmanden Konfirmandenkleidung zur Verfügung gestellt. Der Preis stellt sich wie folgt: Stoff für einen Anzug 125 ℳ, Stoff für ein Kleid 130 ℳ. Der Verkauf findet am Montag, 28. Februar, von 8 bis 1 Uhr im Kreishause in Wandsbeck statt. Bedürftigkeitsschein, der im Gemeindebureau ausgestellt wird, ist erforderlich.

t. **Alt-Rahlstedt.** In Wohnungsangelegenheiten finden jetzt die Beratungsstunden Mittwochs und Freitags, nachmittags von 5 bis 6 Uhr, im hiesigen Gemeindehause statt. Die Sitzungen des Wohnungsamtes finden Freitags von 7 Uhr ab ebenfalls im Gemeindehause statt.

Harburg und Wilhelmsburg.

w. Heute ist Gewerbegerichtswahl in Wilhelmsburg. Wir richten deshalb nochmals an alle Gewerbegerichtswähler die dringende Mahnung, ihr Wahlrecht auszuüben. Wahlrecht ist auch hier Wahlpflicht und glaube niemand, daß diese Wahl von geringerer Bedeutung sei als andere Wahlen. Gewählt wird in der Zeit von 9 bis 1 Uhr in den bereits bekanntgegebenen Lokalen. Und nun geht alle zur Wahl und wählt die Liste

August Neumann.

Sprechsaal.

Das Kino im Kampf gegen die Wohnungsnot und die Verelendung der Mieterschaft. Der Mieterverband Groß-Hamburg (Zentrale der Mieterräte) beabsichtigt, in den nächsten Tagen unter Vorführung von Lichtbildern Mieter-Protestversammlungen einzuberufen mit dem Thema „Wohnungsnot, Mieterelend — trotzdem neue Steuern". Der Vorstand des Mieterverbandes Groß-Hamburg hat für diese Vorträge den Schriftsteller Koch, Mieterbeisitzer des Mieteeinigungsamts Berlin, gewonnen. Wir machen die Mieterschaft Hamburgs schon heute auf die in den nächsten Tagen beginnenden Veranstaltungen aufmerksam. Die gesamte Presse sowie die maßgebenden Behörden werden zur ersten Veranstaltung am 4. März, abends 7½ Uhr, nach dem Musiksaal des Gewerkschaftshauses eingeladen. Der Vortragende wird keine Mühe scheuen, um durch Wort und Bild der Mieterschaft Hamburgs den Weg zu zeigen, den sie gehen muß, um dem Miet- und Bodenwucher energisch entgegenzutreten. Deshalb, Heraus, Mieter Hamburgs! Zum Kampf gegen das Grund- und Bodenkapital.

Mieterverband Groß-Hamburg.

Bücher und Schriften.

Von der „Neuen Zeit" ist soeben das 22. Heft vom 1. Band des 39. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Arbeiterklasse und die Pariser Konferenzbeschlüsse. Von Artur Heichen. — Die Verwaltungsreform im Reiche. Von Dr. Th. O. Cassau. — Entwicklung der Erdölindustrie. Von H. Fehlinger. — Das soziale Experiment. Von Franz Laufkötter. — Literarische Rundschau: Weltgeschichte in gemeinverständlicher Darstellung. Von Sommer. Georg Werner, Der Weg zur Sozialisierung des Kohlenbergbaus. Von Max Sachs. Heinrich Schulz, Der kleine Jan. Von L. L.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 16,25 ℳ das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1,25 ℳ. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Amtliche telegraphische Schiffsmeldungen.

Nr. 162. Sonnabend, 26. Februar, 5 Uhr nachm.

Cuxhaven meldet angekommen:

26. Februar.

Zeit	Schiff	Kapitän	Von
V. 10.10	D. Kapot	Heuken	Santos
11.—	D. Siovar	—	—
11.10	D. Seimar	Klöckner	London
11.30	D. S. B. Lund	Jansen	Tyne Dock
12.—	D. Bentaroes	Kabyraeh	Westafrika
N. 12.30	D. Croxdale	Henderson	Newcastle
„	SD. Nordstern	Blumberg	Bremerhaven
„	Schlr. Nr. 144 u. 150	—	do.
1.30	SD. Perseus	—	—
„	Schlr. Taheim	v. Hülsen	—
„	Schlr. Nation	Janssen	—
„	d. 2 M.-Scho. Hoherweg	—	Rio de Janeiro
„	D. Bia	—	Galveston
1.40	D. Coiconda	—	—

Von hier aus: 3 Uhr SD. Stella mit den Schlrn. Nr. 137, 62 u. 152; 3,15 Uhr D. Coiconda.

Wind: NNW., schwach. Wetter: heiter. Barometer: 780,4. Thermometer: + 4,5° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen:

26. Februar.

Zeit	Schiff	Kapitän	Von
V. 8.40	SD. Hans	Kaltländer	Kiel
„	Schute R. V. a 3 Nr. 10	do.	Boßbro
„	Schute R. V. a 3 Nr. 15	do.	do.
9.10	D. Friedensbro	Aberstedt	Kopenhagen

Versammlungs-Kalender.

Montag, 28. Februar.

Zentralverband der Angestellten, Sparkassen und Bankgeschäfte, 7½ Uhr, Gewerkschaftshaus, Zimmer 72. — Versicherungsangestellte, Außenbeamte, 6 Uhr, Gewerkschaftshaus, Zim. 72.

Mieterrat, Bezirk Winterhude, 7 Uhr, „Winterhuder Fährhaus".

Speicher-, Lagerhaus- und Speditionsarbeiter, 7 Uhr, „Holsteinisches Haus", Kohlhöfen 16.

Roll-, Speditions-, Blockwagen-, Abfuhr-, Möbelkutscher und Arbeiter, sämtliche Vertrauensleute, 7 Uhr, Planeth, Michaelisstr. 50.

Zentralverband der Schuhmacher, Mitgliederversammlung, 7 Uhr, Gewerkschaftshaus, oberer Saal.

Partei-Bekanntmachungen

Allgemeiner Bezirksabend

am Dienstag, 1. März, abends 7½ Uhr, in allen Bezirken des hamburgischen Staatsgebiets. Auf der Tagesordnung steht das Merkblatt, aus dem u. a. folgende Punkte hervorzuheben wären: 1. Die Bürgerschaftswahl am 20. Februar 1921; 2. die Werbewoche; 3. Mitgliederbewegung; 4. Hamburger Ausschuß für soziale Fürsorge, Beerdigungswesen u. a. m. Alle Parteimitglieder müssen den Bezirksabend besuchen. Wer sein Bezirkslokal nicht kennt, erfrage es bei bekannten Parteigenossen oder im Parteisekretariat, Gr. Theaterstr. 44, I.

Der Parteivorstand.

Bekanntmachungen der Bezirke

für den Bezirksabend am 1. März, abends 7½ Uhr.

Bezirk 20 bei H. Hunk, Peterstr. 29, erwartet das Erscheinen aller Bezirksgenossen. — Bezirk 35 bei Dämel, Greifswalderstr. 44, Vortrag des Genossen P. Hoffmann über: Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl. — Bezirk 65 bei Lübker, Vortrag des Genossen Pointel. — Bezirk 67 bei Jens Ww., Neuerkamp 17, Vortrag des Genossen M. Wagner über: Die weltliche Schule. — Bezirk 70 im Lokal Ecke Lager- und Schanzenstraße. Nach den Bezirksangelegenheiten: Bunter Abend. — Bezirk 80 bei Haberland, Bernhardstraße 74, Vortrag. — Bezirk 95 bei F. Struck, Fruchtallee 70, Genosse J. Urban spricht über: Bestattungswesen. — Bezirk 106 tagt von jetzt ab bei Driewer, Sartoriusstraße 14. Dienstag Vortrag des Genossen Eisenbarth. — Bezirk 109 bei Steffens, Osterstr. 184, Vortrag des Genossen Holm. — Bezirk 107 bei Beckmann, Luruperweg 88, Vortrag des Herrn Pastor Nilassen über: Kirche, Religion und Sozialdemokratie. — Bezirk 154 bei Schütt, Falkenried 1, Vortrag des Genossen Vogel. — Bezirk 162, Distrikt Eppendorf, veranstaltet am Bezirksabend einen plattdeutschen Unterhaltungsabend. — Bezirk 169a bei Schaade, Hummelsbütteler Landstraße 19, Vortrag des Genossen Hett: Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl. — Bezirk 174 bei Becken, früher Steffen, Bernhardstraße, Vortrag des Genossen Melzer über: Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl am 20. Februar. — Bezirk 200, Maurienstraße, Vortrag der Genossin Zabe über: Die Frauen und der Sozialismus. — Bezirke 218 und 219 bei Bauer, Ecke Langenrehm und Haferkamp, Vortrag des Genossen Appelbaum. — Bezirk 224 bei Arning, Ecke Pestalozzi- und Hufnerstraße, Vortrag des Genossen W. Petersen über: Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl. — Bezirk 236 bei Lars, Bachstr. 109, Vortrag des Genossen Biedermann. Bezirk 239 bei Bruhn, Heinrich-Hertzstraße 132, Genosse Begier spricht über: Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl. — Bezirk 245 und 247 bei Allerding, Ifflandstraße 77, Vorlesung aus Scheidemanns Buch „Der Zusammenbruch." — Bezirk 253 bei Brune, Conventstr 5, Genosse Sonnenschmidt spricht über: Der Friedensvertrag. — Bezirk 303 bei Wiebelitz, Ausschl. Billdeich 12, Vortrag des Genossen Büch. — Bezirk 304 bei Schramm, Billstr. 99, Genosse Ludwig spricht über: Partei und Religion. — Bezirk 295 bei Rumps, Eiffestr. 67. Rezitation usw. Alle sind eingeladen. — Bezirk 257, Hammerstraße und Holstenstraße. Dienstag, den 1. März, ist in unserm neuen, größeren Bezirkslokale bei Rohlfing, Ecke Menckes Allee und Pappelallee ein Vortrag des Genossen Radloff über: Friedensvertrag und Steuerfragen. Darauf Besprechung unserer Arbeit in der Werbewoche. Für die aktiven Genossen ist das Erscheinen Pflicht, für alle anderen zwecks Belebung der Begeisterung und des Idealismus Notwendigkeit. Am Donnerstag, 3. März, bleiben die Genossen abends zu Hause und schicken ihre Frauen und Töchter zum Bebel-Gedächtnisabend der Genossinnen um 8 Uhr ins neue Bezirkslokal.

Rotenburgsort. Am Sonnabend, 5. März, abends 7 Uhr, in der Aula Realschule Marckmannstraße. Rezitation: „Die Weber", von Gerhard Hauptmann, durch Herrn J. Clasen. Karten am Bezirksabend zu haben. Der Distriktsführer.

Letzte Nachrichten.

Die neuen polnischen Forderungen.

WTB. Danzig, 26. Februar. Zu den polnischen Forderungen auf Abtretung des rechten Weichselufers bis zu den Höhen von Marienwerder zur Anlegung eines Kanals schreibt die „Brücke", daß seit der Note des Generals Dupont an den Botschafterrat in Paris von der ostpreußischen Bevölkerung die energischsten Proteste gegen jede Festsetzung Polens in Ostpreußen erhoben und dem Botschafterrat in Paris und den Ententeregierungen überreicht wurden. Das Auswärtige Amt teilte dem Deutschen Ausschuß für Westpreußen in Marienwerder mit, daß die Bevölkerung sich wegen der polnischen Ansprüche nicht zu beunruhigen brauche, es werde alles veranlaßt, was zur Wahrung der Interessen der bedrohten Niederung nötig sei.

Briefkasten.

Sprechstunde der Redaktion ist nur vorm. von 10 bis 12 Uhr und nachm. von 6 bis 8 Uhr.

Telephonische Auskunft wird nicht erteilt.

P. G. 3227. 1. Nur dann, wenn das Jahreseinkommen 14 000 ℳ nicht erreicht. 2. Gesuche sind an das zuständige Finanzamt zu richten. 3. und 4. Ja; die Patriotische Gesellschaft, Beim alten Rathaus.

M. R. Düsternstraße 22.

O. S. 100. 1. Das bezweifeln wir. 2. Ein solches Mittel ist uns nicht bekannt.

F. 1892. 1. bis 3. Darüber stehen uns Angaben nicht zur Verfügung.

B. B. D. 5. 1. Ja; die Frau muß sich unter Vorlegung folgender Papiere an die Aufsichtsbehörde für Standesämter, Neuer Jungfernstieg 1, wenden: Meldeschein; Gewerbeschein oder Arbeitsbescheinigung des Arbeitgebers; Einkommensteuerzettel; Staatsangehörigkeitsausweis; Geburtsurkunde; Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder; Sterbeurkunde des Mannes. — Die Stempelgebühren betragen 50 ℳ. 2. Der Verfasser ist uns nicht bekannt.

E. B. 45. 1. Ein bestimmter Be[illegible] ist gesetzlich nicht festgesetzt. — Nach unserer Ansicht 120 ℳ. 2. Ihre Tochter müßte sich an das Paßbureau, Dammtorstraße 10, wenden; geöffnet werktags von 9 bis 2 Uhr.

F. H. 30. Es kann in diesem Falle ein Anspruch auf Zurückgabe der Geschenke und Verlöbniszeichen nur geltend gemacht werden, wenn Umstände vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß der Verlobte von der Verlobung zurückgetreten wäre.

E. R., Borgfelde. Der 175 ℳ übersteigende Betrag.

Aba 95. Die Forderung ist noch nicht verjährt.

Arbeitersekretariat Hamburg-Altona.

Hamburg, Besenbinderhof 57, 3. Etg., Gewerkschaftshaus.

Sprechstunden: Wochentags von 10 bis 1 und 4 bis 6 Uhr. Sonn- und Festtags geschlossen.

Sozialdemokratischer Verein Altona-Ottensen.

Bureau: Altona, Bahnhofstraße 40.

Geöffnet: Wochentags von 8 bis 12 Uhr und 3 bis 7 Uhr.

Ein harter Arbeitgeber.

(Nachdruck verboten.)

Vor ihrem Herrn traten zwei alternde Diener und sagten: „Wir sind jetzt länger als 40 Jahre bei Ihnen, wir haben Ihnen treu gedient, von morgens bis in die späte Nacht, auch Sonntags, niemals haben wir uns um den 8-Stundentag gekümmert. Bisher haben wir alles allein geschafft, aber jetzt geht es nicht mehr. Wir werden alt und brauchen eine Hilfe."

„Das gibt es nicht," sagte der Herr, „Ihr seid nur faul geworden."

„Nun gut," sagten die beiden Diener, „wir wollen auch weiter uns die größte Mühe geben, aber machen Sie uns keine Vorwürfe, wenn wir etwas übersehen, wenn Sie sich dann nicht mehr behaglich fühlen oder verdrießlich werden und unter Ihrem Aerger Ihr Beruf leidet. Sie haben die Schuld daran selbst."

Aber der Arbeitgeber blieb eigensinnig, das ist doch hart.

Aber Sie sind vielleicht selbst noch ein harter Arbeitgeber, denn die Diener, von denen wir sprachen, sind die beiden Augen und die Hilfe, welche sie brauchen, passende Augengläser.

Mit den Jahren lassen die Augen bei jedem Menschen nach, bis sie nicht mehr gut nahe Arbeit ohne Ueberanstrengung leisten können. Zwischen dem vierzigsten und fünfzigsten Lebensjahre treten die ersten Zeichen auf, wie: Druck in den Augen, Tränen, Verschwimmen der Schrift, Kopfschmerzen usw. Sie versuchen dann, die Schrift beim Lesen immer weiter abzuhalten, aber auch das nützt schließlich nichts mehr.

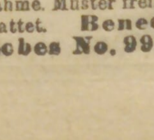
Quälen Sie Ihre Augen nicht unnötig, besuchen Sie uns, wir haben Augengläser zum Ausgleich aller Sehfehler. Diese werden Ihren Augen durch sorgfältige Prüfung so genau angepaßt, daß Sie wieder sehen, wie je zuvor. Ihre Beschwerden verschwinden und Sie können wieder den ganzen Tag und wenn Sie es wünschen, auch noch den ganzen Abend behaglich arbeiten und lesen.

Wir garantieren für passende Gläser sowie für den guten Sitz und die Haltbarkeit unserer Fassungen. Optiker Rubnke, Hamburg, Gr. Johannisstr. 9, Altona, Reichenstr. 30, Barmbeck, Hamburgerstr. 90a, Eimsbüttel, Schulterblatt 130.

Es gibt Meisterwerke in Augengläsern,
Eines Tages werden auch Sie danach verlangen,
Von da ab tragen Sie keine anderen mehr.
Ihr Name ist Sanoskop.

Wilhelm Krusemark, Rechtskonsulent,
langjähriger Bureauchef des verstorbenen Rechtsanwalts Dr. Theodor Suse,
Prakt. Berater in all. Rechtssachen, Bearbeitung v. Ehe-, Alimenten- u. Strafsachen, Inkasso, Klagen, Verträge, Testamente, Gesuche u. Eingaben all. Art.
Hamburg, Schauenburgerstr. 4, Hchpt.
Geöffnet 9—7 Uhr abends, Sonnabends bis 4 Uhr nachmittags. Fernsprecher Elbe 4021.

Karstadt-Porges färbt Damenkleidung.
Läden überall. Anstalt Billbrookdeich 49. Elbe 60 u. 61.



Billige böhmische
Bettfedern
1 kg: graue geschlissene ℳ 25, weiße 40, bessere 50, daunenweiche 60, 80, beste Sorte 100, 120, weiße Rupffedern, ungeschlissen, 70, beste Sorte 80. Versand franko, zollfrei, gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet. Benedikt Sachsel, Lobes No. 996, bei PILSEN in Böhmen.

Das frohe Fest der
Silberhochzeit
feiern am 28. Februar unsere lieben Eltern
Fritz Koch und Frau, geb. Nibbe.
Die Kinder.
Hellkamp 25, pt.

Das frohe Fest der **Silber-Hochzeit** feiern am 1. März unsere lieben Eltern
Hermann Uhrmann u. Frau Margaretha, geb. Rieper.
Die Kinder.
Hamburg 19, Ed. ar.str. 13.

Das frohe Fest der Silber-Hochzeit feiern am Dienstag, 1. März, unsere lieben Eltern
Hinrich Schwenn u. Frau, geb. Jens,
Hbg.-Eppend., Im Tale 9.
Die Kinder.

Nach kurzer schwerer Krankheit entschlief gestern unser lieber Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Verlobter
August Opitz
im Alter von 41 Jahren.
Aufs tiefste betrauert von allen seinen Angehörigen und seinen alten schwer geprüften Eltern.
Louis Opitz und Frau.
Beerdigung: Dienstag 1. März, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des Tonndorfer Friedhofes.
Etwaige Kranzspenden dorthin erbeten.

Sozialdemokrat. Verein f. d. hamb. Staatsgebiet.
Distrikt St. Pauli-Süd.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Genosse
Adolf Müller
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Einäscherung: Montag, 28. Februar, mittags 1 Uhr, im Krematorium, Ohlsdorf.
Die Distriktsleitung.

Deutscher Transportarbeiterverband.
Todes-Anzeige.
Unser Kollege, der Postaushelfer
Paul Uhlich
ist verstorben.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung: Montag 28. Februar, nachm. 1 Uhr, von Kapelle 5 in Ohlsdorf.

Allen Verwandten u. Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Urgroßmutter und Großmutter
Catharina Wiesemann Wwe., geb. Dettmer,
heute im Alter von 89 Jahr. gestorben ist.
Dies zeigen tiefbetrübt an Die Angehörigen.
Beerdigung: Mittwoch, 2. März, nachm. 3 U., v. Kapelle 9, Ohlsdorf. Etwaige Kranzspend. erbitten dorthin.

Lungen- Kurheim in Reinbeck.
Vorzügliche Pflege
Lungen-Untersuchung.
In Hamburg: Ferdinandstr. 19, Di., Do. und Sonnabd. 4-5.
Dr. Bruhn, Lungenarzt

Asthma
kann geheilt werden.
Sprechstunden in Hamburg, Langereihe 47, I. Tr. links, jeden Donnerstag von 10–1 Uhr.
Dr. med Alberts,
Spezialarzt, Berlin SW. 11

Zahnersatz
in mod. Ausführung.
Gold- Kronen, Brücken
Plomben, Porzellankronen.
= Mässige Preise. =
Reparaturen mögl. schnell.
Zahnziehen mit örtl. Betäub.
A. Thun, Steindamm 76, I. Vulkan 1482

Meinen geehrten Kunden zur gefl. Nachricht, daß ich mein
Rohtabak-Lager
wieder eröffnet habe.
Wie auch früher werde ich durch Lieferung guter und preiswerter Tabake die Zufriedenheit meiner Kundschaft bewahren.
A. H. J Matthesen,
Altona, Gr. Prinzenstr. 18.

Rheuma, Kopf- und Nervenschmerzen.

Kann Togal jedem Leidensgenossen aufs wärmste empfehlen.

Fr. Marie Obermeier, München, schreibt: „Ein halbes Jahr lag ich schwer krank im Krankenhause und wurde nachher noch sehr von Rheumatismus in den Beinen und nervösen Kopfschmerzen geplagt, so daß ich vollkommen geschwächt war und meine Beine mich nicht tragen wollten. Nur durch den Gebrauch von Togal-Tabletten bin ich von diesen unerträglichen Schmerzen wieder befreit worden und ich bin jetzt zu meinem größten Glücke, wieder vollkommen hergestellt. Ich kann daher die Tabletten aus bester Erfahrung jedem Leidensgenossen aufs wärmste empfehlen. Auch greifen sie weder Herz noch Magen an." Ein Versuch wird jeden von der Vorzüglichkeit des Togal überzeugen. Es wirkt nicht nur rasch und sicher bei Rheuma und nervösen Kopfschmerzen, sondern auch bei Hexenschuß, Ischias, Schmerzen in den Gelenken und Gliedern, Gicht, Influenza, sowie bei allen Arten von Nervenschmerzen. Aerztlich glänzend begutachtet. In allen Apotheken erhältlich.

Für die Erhaltung des
ZOOlogischen Gartens
sind weitere
ZEICHNUNGEN
erbeten bei
allen Hamburger Girobanken,
Herrn Dr. Albrecht, Mönckebergstrasse 17,
und an der Dammtorkasse des Gartens.
Der Arbeits-Ausschuß.

Konsum-, Bau- u. Sparverein „Produktion" e. G. m. b. H.
Abteilung Sparkasse.

Die Zentrale unserer Sparkasse und die Notfondsabteilung verlegen wir am 1. März 1921 vom Louisenweg 40 nach
Beim Strohhause 38 I.
(im Gebäude der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H.)
Kassenstunden von 9 bis 3 Uhr, Sonnabends bis 2 Uhr.

Vom gleichen Tage ab befindet sich in unserem Hauptkontor, Louisenweg 40, die
Zweigstelle 2.
Diese ist auch von 9 bis 3 Uhr, Sonnabends bis 2 Uhr geöffnet.
Weitere Zweigstellen befinden sich:
1. Hamburg, Eimsbütteler Chaussee 26/28
3. Altona-Ottensen, Bahrenfelderstrasse 133
4. Hamburg, Hammerbrookstraße 52
5. „ Wandsbecker Chaussee 257
6. „ Lehmweg 33.
Geöffnet von 11 bis 6 Uhr.
Verzinsung 3¾ %
bei 3monatiger Kündigung 4¼ %
bei 6monatiger Kündigung 4½ %
Der Vorstand.

Wiederverkäufer, Händler, Hausierer, beziehen ab Fabrik-Lager am billigsten alle Arten
Seife
Grösstes Seifen-Lager Hamburgs.
Norddeutsche Dampf-Seifenfabrik G. m. b. H.
Gr. Bleichen 36, Hinths., neben d. Hamb. Fremdenbl.

Wohn.- u. Speisezim., Schlafzim., Küchen, einzelne Möbel
in grosser Auswahl vorrätig.
Franz Brück,
Reeperbahn 143
gegenüber Carl Schultze-Th.
Auf Wunsch Teilzahl.

Gardinen
Stückware 110/140 breit M. 13,50, 16, 21 pr. Mtr.
abgepasste, za. 130 br. 200 lg. M. 168, 198, 248.
Garnituren, 3 teilig, M. 148, 220, 240.
Bunte Madras Garnitur. M. 210, 220, 248.
Spannstoffe 140 cm breit, M. 22, 26, 28 pr. Meter.
Halbstores i. jed. Breite, M. 58, 75, 90.
Konl.-Köper schwere Qualität 80 cm breit, M. 21,50.
Beyer's Etagenverkauf, Bohnenstr. 15, Nähe Burstah.

Privat- u. Geschäfts-
Transporte
regelmäßig. Verkehr Stadt, Vororte, Bahn.
Spedition In- und Ausland.
Reisegepäck-Transport- **Versicherung**
Lagerung Verpackung
Greif's Paketfahrt
ABC-Straße 44/5.
Hansa 2767/8.

Rasierklingen schleift besonders gut:
Weber, Steindamm 101, Eimsbütteler Chaussee 23, Wandsbecker Chaussee 43.

Persil überragt alles!
In Friedensqualität
wieder zu haben

[illegible] selbsttätiges Wasch- und Bleichmittel!
[illegible] Arbeit Seife und Kohlen [illegible]
[illegible] Düsseldorf

355. Hamb. Staats-Lotterie
Ziehung 4. Klasse am 2. u. 3. März.
Die Ziehung beg. 8½ Uhr vorm.

Heute, Sonnt., 5 Uhr:
Gr. öffentl. Preisskat
1. Preis evtl. im Werte von 500 M.
Restaur. Vorwärts
Frankenstr. 12.

Heute abend, 7 Uhr: **Gr. Preisskat.** Fleischpreise.
W. Möller, Baustr. 14.

Heute: **Großer Eier-Preis-Skat** bei Hinr. v. Borstel, Zeughausstraße 39. Anf. 5 Uhr.

Skatklub „Grand"
Morgen Montag: **Gross. Eier-Preis-Skat** bei August Meyer, Süderstraße 9. Anfang 7½ Uhr.

Koopmann's
Hotel gegr. 1890
Steindamm 43
beim Hauptbahnhof.
Einheitspreis **10 M.**
Warm. Zim. Zuschl. M. 3.

Miete Harmoniums
(a. m. eingeb. Selbstspielap.)
M. 35 pro Monat an.

Welzel-Pianos, Hallerstr. 1.

Gute alte **Geige** kauft Schlee
Gänsemarkt 12, 10-12, 4-7.
Teleph.: Vulkan 2043.

Neue Daunendecken 200-500, gereinigte Oberbetten 150, Bettfedern m. Daunen ℔ 15, Bettdecken, Kinderdecken 45.
Betteinlg. Ölkerst 20, Hp Sander.

Konfirmanden-Anzüge
in allen Preislagen.
Farbige und schwarze Garderoben in allen Größen.
Vermietung von Garderoben.
Hestner, Zeughausmarkt 23, Ecke Jacobstraße.

Altmahagoni Möbel
kauft zu höchst. Preisen
Liepmann, Altona, Poststr. 25. Hansa 7106.

Möbel auf Teilzahlung.
Billige Preise!
Leichte Bedingungen.
Weidenallee 40

Zigarrenformen und Pressen z. verk. Holm, Susannenstr. 40, III.

Herr.-Fahrrad (Dürkopp) Freil., Rücktr., g. Gummi, bill. z. verkauf.
W. Göttsche, Altona, Langestr. 14, III.

Wir empfehlen die Broschüre von
Dr. Paul Eltzbacher
Die neuen Parteien und ihre Programme.
Preis 4,80 M.
Dieselbe enthält die Programme aller Parteien nebst kurz. Erläuterungen.
Zu beziehen durch:
Buchhandlung Auer & Co.,
Fehlandstraße Nr. 11 und Gewerkschaftshaus, sowie durch alle Filialen.

Verkauf von Schuhwaren
gewerkschaftlicher Selbsthilfe
der 25er-Kommission
nur noch
in den Verkaufsstellen der
„Neuen Gesellschaft":
Barmbeck, Richardstrasse 1c,
Ecke Oberaltenallee,
und
Billhorner Röhrendamm 22.
Geöffnet
von 8½ bis 1 Uhr und von 3 bis 7 Uhr.

Wer die Genossenschaft fördern will,
zeichne auf die
5% Anleihe der „Produktion".

Prospekte und Bedingungen, sowie Zeichnungsscheine sind bei den Ausschußmitgliedern, in den Verkaufsstellen, in den Zweigstellen der Sparkasse „Produktion" und im Hauptkontor, Louisenweg 40, erhältlich.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband :: Filiale Hamburg.

Wegen Streiks und Nichtanerkennung des Tarifvertrages für die Konfektionsbranche sind folgende Firmen gesperrt:

Nappoli & Söhne,	Mönckebergstraße 11.
E. Angenstern,	Alter Steinweg 78.
E. Freundlich,	Poststraße 2/4.
H. Dynhoff,	Poststraße 20/22.
E. Unger jr. & Co.,	
Bahrenfelder Bekleidungswerke,	Bahrenfeld.
Kurt Koppe & Co.,	Schaarmarktweg.
Chs. Lavy & Co.,	Bleichenbrücke 25/29.
Lehmann,	Altona, Adolfstr. 161.
Kraus,	„ Oelkersallee 2.
Fiebig,	Müggenkampstr. 54.
Hohmann,	Langenfelde, Kielerstr.
Halbig,	Ifflandstraße 76.

Alle Kollegen und Kolleginnen, die vom 1. November 1919 bis zum 10. Februar 1920 Entlassungsanzüge für das Bekleidungsamt Hannover gefertigt haben, erhalten eine Nachzahlung von 0,68 M. pro Arbeitsstunde.

Die Kollegen und Kolleginnen mögen sich sofort bei denjenigen Arbeitgebern melden, wo sie Entlassungsanzüge in diesem Zeitraum gefertigt haben, und ihre Ansprüche geltend machen.

Die Ortsverwaltung.

Krankenkasse „Frisch auf"
Ersatzkasse (fr. E. H. 93)
Haupt-Bureau:
Zeughausmarkt 45 I.
Donnerstag den 31. März 1921,
abends 7 Uhr präzise:
Ordentl. Generalversammlung
im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57-59, kleiner Saal, part.
(Eingang durch den Torweg neben der Herberge.)
Tagesordnung wird am Sonntag, 20. März 1921, im „Hambg. Echo" und „General-Anzeiger" bekanntgemacht. Das Mitgliedsbuch ist am Eingang behufs Kontrolle vorzuzeigen.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiterverband
Sektion Hafenarbeiter.
Versammlung
sämtlicher Betriebsräte-Obleute und Vertrauensleute
am Mittwoch, 2. März, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, hochlieg. Restaur.
Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen mit dem Hafenbetriebsverein.
Die Ortsverwaltung.

Verkauf von Brennstoffen
auf dem Gaswerk vom 28. Februar bis 5. März.
Koks auf neue Ordnungskarten von Nr. 6001 bis 7250 je 1–2 hl. Koksgrus in jeder Menge gegen Vorzeigung des Meldescheins.
Der Holzverkauf findet in der früheren Brauerei Marienthal statt. Lieferkarten sind am dem Neumarkt Torfabgabe zu lösen. Der Eingang zur Holzabgabe ist in der Sophienstraße.
Städtisches Betriebsamt Wandsbeck.

Prima Hühnerfutter (Körnermischfutter) Zentner M. 175 (bei kleineren Mengen M. 1,80 das Pfund) hat abzugeben. Wandsbeck,
Die Lebensmittel-Kommission.

10 000 Mk. Belohnung
demjenigen, der mich in den Wiederbesitz meiner zwei Pferde setzt, die am 14. Februar, mittags am Uhlenhorsterweg 44 gestohlen wurden.
1 brauner Hengst mit Stern, hinten links weiß gefesselt,
1 brauner Wallach m. Stern, hinten weiß gefesselt.
W. A. C. Keim,
Hamburg, Plan 9.

„Birkenhalle"
Grossdestillation,
Barmbeck, Hamburgerstraße 31.
Spezial-Ausschank der Firma
Carl Sternberg,
Spirituosen-Fabrik und Weingrosshandlung.

Teppiche
aus Ia Zellstoff viel besser und haltbarer als billige Woll-Teppiche
160, 180, 193 M.
Besichtig. gern gestattet.
Beyer, Etage, Bohnenstr. 15, Nähe Burstah.

Alteisen, Metalle u. Bruchglas kauft Theophil Wierzbicki, Hammersteindamm 80. Alster 1560.

OSTER STIEFEL
in schwarz, braun und weiß billig. Ein Posten Ia mod. farb Halbschuhe M. 25 unt. Tagespreis. Solide Kinder- u. Konfirmanden-Stiefel zu Engros-Lager-Preisen.
G. Höhmeier,
Barmb., Stückenstr. 66, 9–1 und 3–7 Uhr.

Ia Brenntorf
hart, trocken, zentnerweise abzugeben.
Grindelallee 43. Elbe 2718.

Arbeitsmarkt

„Echo"-Austrägerin
gesucht. Zu melden bei Herrlein, Rumpffsweg 3.
Für Altona, zu melden: bei E. Möller, Hamburgerstraße 16.

Gesucht zuverlässige **Zeitungsträgerin.**
Zu melden bei Frau Pflüger, Langereihe 92, H1.

Gesucht
„Echo"-Austräger oder -Trägerin
für Langenhorn, Filiale Fuhlsbüttel bei Kahlefend, Hummelsbüttelerlandstraße.

Saubere Reinmachefrau, morgens von 8–½ Uhr, suchen
M. u. W. Staben,
Alsterdamm 26 Laden.

Händler!
Zwirn kauft man bei Schniek, Winklerstr. 8., b. d. Gr. Michaeliskl.

Teppich- und Gardinenhaus
Hansa m. b. H.
Schulterblatt 149.

Gardinen

Doppelpunkt. Gardinen	M.	9,75
Feinfädiger Etaminestoff	„	16,50
Gepunkter Mull, doppelbreit	„	23,00
Klein und groß gemusterte Spannstoffe	„	24,50
Schweres Künstlerleinen in allen Farben, gestreift	„	24,50
Madras-Gardinen, br. Schals m. Falle, pr. Fenster	„	218,00

Die Erzeugnisse unserer Teppich- und Gardinen-Webereien sind wegen ihrer Gute und Billigkeit weit und breit bekannt.

Abgepaßte Gardinen, pro Fenster	M.	57,50
Künstler-Gardinen aus bestem Kreuztüll mit Falle	„	84,50
Erbstüll-Bettdecken, zweibettig, mit Volant	„	155,00
Ganz feine Transp.-Stoffe für Rouleaux, Meter	„	25,50

Viele Reste und angestaubte Sachen unter Preis.

Durchgewebter Haargarnteppich für Eß- und Wohnzimmer	M.	330,00
Mech. Smyrna, doppelseit., in wunderb. Farbenmustern, für Herr.- u. Wohnzim.	„	445,00
Doppelseit. prima Bettvorleger	„	17,50
Läuferstoff, za. 69 cm breit	„	11,50
„ „ 69 „ „ pa. Bouché	„	33,50
Ganz schwerer Brüssel-Teppich in allen Größen und Mustern	„	725,–

Teppiche

Fell-Vorlagen	M.	69,00
Divandecken, Gobelin	„	285,00
Tischdecken, „	„	128,00

Restposten
beschädigter Teppiche in allen Größen

Serie	I	II	III	IV
M.	145,00	245,00	345,00	490,00

Unser elektr. Vorführungsapparat im Schaufenster zeigt große Auswahl.

Als bedeutendes und renommiertes Spezialhaus gewähren wir dem kaufenden Publikum grosse Vorteile.